

Die „Volkswacht“
erscheint wöchentlich 4 Mal
und ist durch die
Expedition, Neue Graupenstr. 5/6,
und durch Rothporture zu beziehen.
Preis vierteljährlich Mfr. 2,50,
pro Woche 20 Pf.
Durch die Post bezogen Mfr. 2,50,
frei ins Haus Mfr. 2,90,
wo keine Post am Orte, Mfr. 3,24.

Volkswacht

für Schlesien, Posen und die Nachbargebiete.

Verantwortungsged. durch
für die einseitige Kolonialpolitik
über deren Raum 20 Pf.
Kasernen 40 Pf.
Doppelheft nur 1 Mfr.
Inserate für Arbeitsmarkt 15 Pf.
Auswärtige 25 Pf.
Verzeichnis der Anzeigen 15 Pf.
Inserate für die nächste Nummer
müssen bis Donnerstag 1 Uhr in der
Expedition abgegeben werden.

Telephon
Redaktion 3141.

Organ für die werktätige Bevölkerung.

Telephon
Expedition 1206.

Nr. 21.

Breslau, Sonnabend, den 25. Januar 1913.

24. Jahrgang.

Rein Reichswohnungsgesetz.

Die einmütige Initiative des Reichstags in der Frage des Reichswohnungsgesetzes, hat ebenso die Ablehnung der verbündeten Regierungen erfahren, wie alle anderen Beschlüsse der Deutschen Volkvertretung, die ohne die Voranktion Preußens gefaßt worden sind. Es geht hier wie bei den Wahlurnen und anderen Dingen. Auch die Konservativen haben im Reichstag unter dem Druck des allgemeinen Wahlrechts für die Resolution vom 22. Mai gestimmt, die ein ziemlich weitgehendes Eingreifen der Reichsgesetzgebung in die Angelegenheiten des Wohnungswezens verlangte. Hinterher aber denken sie nicht im entferntesten daran, die gewaltige Macht, die sie durch Preußen im Bundesrat ausüben, zugunsten der von ihnen mitgefaßten Beschlüsse geltend zu machen; sie sind im Gegenteil heilfroh, wenn der verhaßten Reichsgesetzgebung das Recht der Initiative ver schmälert wird und die Regelung so wichtiger Fragen der Landesgesetzgebung vorbehalten bleibt, in der sie dann nach Belieben schalten und walten können.

In der Reichstagsitzung vom 16. Februar v. J. hatte der Reichskanzler gesagt:

Wir haben keinen Mangel an Aufgaben. Es ist hingewiesen worden auf die Notwendigkeit des Mittelstandsschutzes, die Wohnungsfrage, die innere Kolonisation, die Probleme des Koalitionsrechts, die Verbesserung unseres Steuerwesens durch Montopole. Nicht alle diese Aufgaben gehören zur Kompetenz des Reiches, aber sie sind alle von gewaltiger Wichtigkeit, und wenn auch ein großer Teil von ihnen zur Lösung noch nicht reif sind, so wird einem arbeitsfrohen Reichstag doch nicht bange zu sein brauchen um Arbeitslosigkeit und Stagnation.

Es war also der Reichskanzler selbst, der — nach dem sozialdemokratischen Statistiker Dr. Frank, die Aufmerksamkeit des Reichstags auf die Wohnungsfrage lenkte, wobei er freilich die Frage der Kompetenz vorsichtig offen ließ. Inzwischen hat sich der Reichstag unter hervorragender Mitarbeit der sozialdemokratischen Fraktion mit Eifer dieser Materie hemüßigt und sich einstimmig für die Schaffung eines Reichsgesetzes ausgesprochen. Jetzt aber erklärt in der Sitzung der Budgetkommission vom 21. Januar der Staatssekretär des Innern, Delbrück, bestimmt und ausdrücklich, die Bundesstaaten hätten in ihrer überwiegenden Mehrheit erklärt, daß sie sich dem Eingreifen der Reichsgesetzgebung auf diesem Gebiete widersetzen müßten und danach halte er es für aussichtslos auf dem Gebiete der Wohnungsreform reichsgesetzlich vorzugehen.

Man sieht an diesem Falle wieder einmal deutlich, wo die Feinde der positiven Arbeit, die Männer der starren Negation zu suchen sind. Sicher nicht bei der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion, die, wie überall, auch in der Wohnungsfrage ihren Schaffensdrang im Sinne sozialpolitischer Fortschritts lebhaft betätigt, und, um einen einstimmigen Beschluß des Reichstags zu erzielen, weitergehende Wünsche zurückgestellt hat. Das Reichswohnungsgesetz ist nicht an der Haltung der Sozialdemokratie gescheitert, es ist vielmehr das Opfer jener Verschleppung geworden, die dem Reichstag, und diesem Reichstag der 110 insbesondere jeden Erfolgs mißgönnt, jede Möglichkeit der positiven Arbeit abzuschneiden versucht.

Herr Delbrück hat dann freilich in der Kommission, als ihm von sozialdemokratischer Seite hart zugehört wurde, weiter erklärt, es habe ihm ferne gelegen, die Wohnungsreform auf Preußen und die anderen Bundesstaaten abzuwickeln. Was Preußen betreffe, so könne er versprechen: wenn Preußen nicht bis zum Herbst dieses Jahres einen Wohnungsgesetzentwurf vorlege, dann werde er sich dafür einsetzen, daß das Reich einen Gesetzentwurf vorbereitet. Somit hätte die Initiative des Reichstags wenigstens den Erfolg, daß hinter die Wohnungsreform der Einzelstaaten, insbesondere Preußens, etwas mehr Dampf gemacht würde. Wie allerdings diese preussische Wohnungsreform aussehen wird, sieht noch dahin. Daß die Interessen der Hausbesitzer und der ländlichen Arbeitgeber, die ihre Arbeiter oft schlechter als ihr Vieh unterdrücken, im preussischen Dreiklassenparlament zu kurz kommen könnten, wird wohl nicht zu befürchten sein.

Aber ganz großartig nimmt sich in der Erklärung des Herrn v. Delbrück der Passus aus, in dem er sagt, wenn Preußen kein Gesetz vorlege, dann werde er, der großmächtige Herr Staatssekretär, sich für die Schaffung eines Reichswohnungsgesetzes einsetzen. Zwischen der ersten Erklärung und der zweiten klafft doch ein ganz gewaltiger Widerspruch: wenn die „Möglichkeit“ der Regierungen gegen das Reichsgesetz ist und dieses daher ganz aussichtslos ist, was soll dann das „Einsetzen“ des Herrn Delbrück noch für einen Sinn haben? Und obendrein weiß man doch ganz genau, wie weit die Macht des Staatssekretärs geht, selbst dort, wo er wirklich will. Nicht einmal über die Umstände, unter denen die Reichstagswahlen zu vollziehen sind, kann das Reich selbständige Entschlüsse fassen, der Versuch der höchsten Reichsbehörden, dem einstimmigen

Revolution in der Türkei!

Enver Bei stürzt das Kabinett.

Konstantinopel, 23. Januar. Heute nachmittag 3 1/2 Uhr ist Enver Bei mit 300 Mann in die Pforte einmarchiert und hat den Rücktritt des Kabinetts verlangt.

Wie ein Blitz aus dem sich aufhellenden Himmel traf gestern abend spät die Nachricht in den europäischen Hauptstädten ein, daß die vielfachen inneren Wirren im alten Türkentum zu einem offenen Ausbruch der Militärrevolle geführt haben, über die noch folgende Einzelheiten vorliegen:

Der Aufstand.

Konstantinopel, 23. Januar. Gegen 3 1/2 Uhr nachmittags veranfaßte Enver Bei und der gewesene Deputierte Dhami Bei an der Spitze von 300 Soldaten eine kühne Demonstration vor der Pforte. Die Demonstranten drangen während des Ministerrats in den Vorhof der Pforte ein und brachen in regierungsfeindliche Rufe aus, weil die Regierung Adrianopel preisgegeben habe und sogar gegenüber Montenegro nachgeben müsse. Sie verlangten den Rücktritt des Kabinetts. Der Großwesir begab sich hierauf in das Palais.

Konstantinopel, 23. Januar. (Neuter.) Infolge der Aumgebung Enver Beis ist das Kabinett zurückgetreten. Mahmut Schewket ist zum Großwesir, Talaat Bei einstweilen zum Innenminister und Iszet Pascha zum Kriegsminister ernannt worden. Talaat Bei erklärte einem Vertreter des Reuterschen Bureaus: Diese Bewegung bedeutet, daß wir die Nationallehre retten oder bei dem Versuche untergehen werden. Wir wollen keine Fortsetzung des Krieges, aber wir sind entschlossen, Adhianopel zu behalten. Das ist die unelastische Bedingung.

Krieg oder Frieden?

Konstantinopel, 24. Januar. Man erwartet ein kaiserliches Trade, das das neue Ministerium ernennen wird. Enver Bei ist zum Kommandanten der türkischen Hauptstadt Konstantinopel ernannt worden.

Der überfallene Minister.

Konstantinopel, 24. Januar. Kurz nach Mittag versammelten sich gestern Minister auf der hohen Pforte, um die Fassung der Note zu beraten. Es war nichts Ungewöhnliches zu bemerken. Die Beratung wackte etwa drei Stunden gedauert haben, als von der Babalstraße her ein Zug Menschen, der sich 1000 Mann betrug, heranzog voran vier Nullahs (Geistliche), hinter ihnen zwei Jähnen. Bevor noch die am Eingange aufgestellten Gendarmen Halt gebieten konnten, war die Menge in den Hof eingedrungen. In diesem Augenblick kam in rascher Fahrt ein Automobil herangefahren, dem, unter Weisfalsrufen

Enver Bei und Talaat Bei entließen. Die Menge begann: Nieder das Ministerium! Nieder Kiamil, Pascha! Es lebe der Krieg! zu rufen, bis sich Enver Bei mit Talaat Bahn brachen und im Innern der Pforte verschwanden. Draußen dauerten die Demonstrationen fort. Die Mollahs, Geistliche, hielten religiöse Reden und erklärten die Fehler der Regierung, die, wie sie behaupteten, das Land verraten und verkauft hätten und leuerten zum Krige an. Wilde Gerüchte durchschwärmten die Stadt. Es wurde sogar behauptet, daß der bisherige Kriegsminister Rasim Pascha ermordet worden sei. Enver Bei zwang das Ministerium zum Rücktritt. Der Großwesir Kiamil Pascha und die übrigen Minister gaben sofort schriftlich ihre Demission. Als Enver Bei, der vor der Pforte wartenden und demonstrierenden Menge die Ernennung Mahmut Schefket Paschas zum Großwesir bekannt gab, brach diese in stürmische Beifallsrufe und enthusiastische Kundgebungen aus. Enver Bei selbst war Gegenstand lebhafter Ovationen. Das neue Kabinett besteht durchweg aus Generälen. Der Großwesir Kiamil Pascha und seine Minister werden in ihren Häusern gemacht. Die Redaktionen der liberalen Blätter sind teilweise geschlossen. Der ganze Sicherheitsdienst war auf Seiten des Komitees. Der Platzkommandant und der Polizeiminister wurden sofort abgesetzt.

Das ist alles, was an Einzelheiten bis zum Morgen vorliegt. Keine Frage, der Verzweiflungstreich der Militaristen wird den Gang der Ereignisse nicht hindern und der tapfere Enver Bei wird Adrianopel so wenig retten können als er die Cynalka mit seinen Kradertruppen von deren Besitzergreifung durch Italien hat retten können. Sein Putz — so ehrenvoll die Motive sind, die ihn bewegen mögen — kann die Not des Vaterlandes nur verschlimmern. Er verzögert den Friedensschluß, steigert die finanzielle Misere des Reiches, opfert neue Menschenleben und kann das Schicksal doch nicht aufhalten. Die aus inneren Wirren heraus geborene kriegerische Aktion wird — wenn überhaupt — nur vorübergehende Erfolge gegen den Feind haben und die späteren Friedensbedingungen des Balkanbundes und der Großmächte werden um so drückender für die Türkei sein. Es scheint ja nach den ersten Nachrichten so, als ob zunächst die alte Regierung angsterfüllt zurückgewichen sei, auf dasselbe Manöver kann Enver Bei bei den Großmächten natürlich nicht rechnen. In diesem Augenblicke können wir natürlich nur der Hoffnung Ausdruck geben, daß das Zwischenspiel recht kurz sein möge, das jetzt den Frieden auf der Balkanhalbinsel aufs neue bedroht.

Beschluß des Reichstags in der Frage der Wahlurnen Geltung zu verschaffen, ist an dem Widerstande des preussischen Polizeiministers gescheitert. Das Versprechen des Herrn Staatssekretärs, sich unter Umständen für ein Reichswohnungsgesetz „einzusetzen“, ist ungefähr ebensowert, wie ein Millionenwechsel, der von einem Bettler ausgestellt ist.

Nein, es muß gerade heraufgefaßt werden: es ist wieder einmal nicht. Ein Reichsgesetz, das die schlimmsten Auswüchse des Wohnungselends beseitigt und dem gemeinnützigen Wohnungsbau kräftige Förderung leiht, wäre eine soziale Tat gewesen, die sich neben den Reformen der englischen Regierung hätte sehen lassen dürfen. Es ist nichts damit, weil die „Mehrheit“ der Bundesstaaten, des Preußens, es nicht will, es ist nichts damit, weil das bestehende Regierungssystem der geschworene Feind jedes Fortschritts ist. Der Presse aber bleibt die Aufgabe, die Schuldigen vor der Öffentlichkeit zu denunzieren, und die wahren Ursachen der Stagnation bloßzulegen, unter der die Arbeit der Volkvertretung leidet. Ein schönes Werk, bestimmt, der Wohlfahrt und Gesundheit des Volkes zu dienen, ist vom Reichstag unternommen worden, es ist zertröt worden durch die boshaften Kräfte der Vernichtung, die in partikularistischen Regierungskreisen, vor allem in den preussischen Ministerien, ihren Sitz haben. Es besteht keine Aussicht, das Wohnungselend erfolgreich zu bekämpfen, solange das Dreiklassenelend nicht beseitigt ist.

Politische Uebersicht.

Wozu der Wille fehlt.

Regierung und Reservistenwünsche.

Die Spezialdiskussion des Stats, der im Gegensatz zu seiner Bestimmung kein Stat für Sozialpolitik ist, beweist allzudeutlich aufs neue die Unvollkommenheit unserer Gesetz-

gebung. Mehr noch: sie beweist die Unfähigkeit des Reiches, bei der ungeheuren Belastung seines Budgets durch militärische Ausgaben, irgend welche entschlossene Kulturpolitik zu betreiben. Zu sozialen Verbesserungen fehlen die Mittel und fehlt der Wille. Heute sind bei der Erledigung der gestern vergessenen Resolutionen auch mehrere von unserer Fraktion eingebrachte Vorschläge angenommen worden. Es ist jedoch nach den Erfahrungen der letzten Jahre sehr zu befürchten, daß das Manö, von dem wir eben sprachen, sich auch bei der Durchführung dieser vom Reichstag gedrückten Wünsche kundtun wird.

Ebenso charakteristisch war der eigentliche Verlauf der Diskussion. Genosse K a u ch begründete einen sozialdemokratischen Antrag, der die Erhöhung der Unterstützungssätze für die Familienangehörigen von Reservisten verlangt. Seiner Begründung, die in knapper Schärfe die größten Mängel bezeichnet, schlossen sich zwar die Vertreter der übrigen Parteien nicht an, aber sie erklärten hoch nachsichtig, für unseren Antrag stimmen zu wollen, der ja dann auch angenommen wurde. Nur der Regierungsbekreter, Geheimrat Lohndorf, schaute sich nicht, gegen eine so selbstverständliche Forderung Bedenken vorzuschützen.

Sogar gegen eine Anregung des Genossen Thö n e, den Verein zur Schiffboarmachung der Werra zu unterstützen, wandte sich der Redner vom Regierungstisch, und als gar Genosse K r ä t z i g die Kühnheit bewies, im Rahmen des sozialpolitischen Stats über die trostlose Lage der Textilarbeiter einige anschauliche Details nicht etwa mitzuteilen, sondern nur aufzukündigen und anzudeuten, lehnte sich der Unwille auch der bürgerlichen Parteien gegen eine herartige Zustimmung auf.

Demgegenüber wirkte es etwas eigenartig, daß die selben Parteien unter absichtlichen Ausschluß der Sozialdemokratie einen Antrag des Grafen Knipowitsch mit ihren

Unterstützen unterstützen, den Beitrag für den Verband deutscher Arbeitsschweizer im nächsten Etat mit einer höheren Summe zu bebeden. Genosse Thöne machte besonders aufmerksam auf diese tendenziöse Engbergigkeit, forderte im übrigen eine reichsgesetzliche Regelung der ganzen Materie, einschließlich der Arbeitslosenversicherung.

Der preussische Landwirtschaftsetat

wurde am Donnerstag vom Dreiklassenhaufe weiter beraten. Es gibt nichts Oederes, als diese Debatte, die nur selten unterbrochen wird durch eine lebhaft Rede unserer Genossen. So wandte sich Hoffmann nachdrücklich gegen das Verlangen des Zentrums, die ländliche Fortbildungsschule mit dem Religionsunterricht zu belegen. Aber kommen dürfte er doch; die Zeiten, wo Herr Schlow entschieden Widerstand gegen die Verpflanzung der Fortbildungsschule leistete, scheinen vorbei zu sein, denn Baron Schorlemer ließ deutlich erkennen, daß man wenigstens für die ländliche Fortbildungsschule den Religionsunterricht einführen wird.

Die Etatsposition für Förderung der Viehzucht gab Hoffmann den Anlaß, nochmals auf ihre geringfügigkeit hinzuweisen, die jede ernsthafte Förderung der inländischen Vieh- und Fleischproduktion von Staatswegen ausschließt. Genosse Hoffmann provozierte aber auch wenigstens das kleine Zugeständnis des regierenden Oberregierers, daß der Stadt Berlin die Einfuhr russischen Fleisches über den Sommer hinaus gestattet werden wird. Seine scharfe Anklage der Fleischschnecker aller Grade scheint also nicht ganz ohne Wirkung geblieben zu sein.

Am Freitag wird der Landwirtschaftsetat zu Ende beraten und dann wird sich das Haus seinem Lieblingsgebiet, dem Geistsetat, zuwenden.

Des Zentrums Rede.

Am kommenden Mittwoch wird sich der Reichstag vornehmlich mit der Interpellation der Polen über die Enteignung beschäftigen. Die Regierung dürfte die Beantwortung der Interpellation ablehnen, mit der Motivierung, daß es sich um eine rein preussische Angelegenheit handelt, die vor das Forum des preussischen Landtages gehört. Deshalb kann der Reichstag die Interpellation aber doch besprechen und er wird dies bestimmt tun. Die Interpellanten werden an die Interpellation einen Antrag knüpfen, der das Vorgehen des Reichskanzlers in der Enteignungsfrage nicht billigt. Das Zentrum hat, wie wir erfahren, bereits beschlossen, diesem Antrage zuzustimmen. Dies ist der erste Versuch, dem Reichskanzler zu zeigen, daß die angekündigte Entziehung des Vertrauens nicht lediglich eine leere Drohung ist.

Und immer mehr, und immer Soldaten.

Der Berliner Lokal-Anzeiger bringt einen Artikel, in dem die Forderungen der Armee zusammengestellt werden. Eingeleitet wird das Programm durch die Verücherung, daß in den Kreisen der deutschen Offiziere die ursprünglich vorhandene Freudigkeit und Zuversicht allmählich einer fast pessimistischen Auffassung gewichen sei. Diese Wandlung entspreche der Ueberzeugung, daß Deutschland trotz des drohenden Weltkrieges seit Jahren in Bezug auf die Vervollständigung seiner Rüstungen stehen geblieben sei. Das vom Lok.-Anz. vorgeschlagene Menu umfaßt die folgenden Punkte:

1. Einführung einer wirklichen allgemeinen Wehrpflicht,
2. Einführung der dritten Bataillone in allen Infanterieregimentern, 80 neue Maschinengewehrkompanien, neun Reiterregimenter und Batterien,
3. Verbesserung des Artilleriematerials,
4. Aufwackerkompanien und organisierte Kavalleriedivisionen,
5. Ausgestaltung des Fliegerwesens,
6. Vermehrung der Luftschiffe.

Im ewigen Schnee.

Eine Erzählung aus dem Bergarbeiterleben von Johan Falkberget.

(Nachdruck verboten.)

„Kein, nein, hörst Du?“ — Sie sagte es trocken. Und Jonse hörte, wie sie ihm antwortete. Dann aber wurde es ganz still, denn auch sie horchten in das Dunkel hinaus.

„Hier unten jemand, Sagemann?“
„Wieder hörte es sich an, als wehrte sie sich... Und als ob sie sich ergab... Und lange, schwere Atemzüge wurden vernommen.“

„Sei doch ruhig, Hjarta! Hier ist kein Betrieb und auch kein Grubenlicht“, sagte Sagemann. Er pflegte seine Worte immer recht geschmacklos zu wählen, wenn er sich selbst als einen besonders klugen Menschen zeigen wollte.

„Dem Jonse war es, als ob der ganze Berg ihn verfluchen wollte... die Luft wurde ihm erstickend heiß... Der Schnee brach auf seiner Stirn herab, und er wollte aus jenem Bereich herausrennen und einen rasenden Schrei ausstoßen.“

„Er kam aber nicht dazu, irgend etwas zu tun... Von aller Mänschheit verlassen stand er da. Es lagte in ihm der Kummer, und es wollte sich über ihn, als ob er in verzweifelter Schrecken ausatmen sollte. Er ließ in seinem Innern einen schmerzhaften Schrei aus und hatte das Gefühl, als ob er einen Kampf auf Leben und Tod mit sich selbst kämpfte...“

„Die beiden horchten auf. Alle drei hielten den Atem an. Kein Wort wurde vernommen unter dem Grubenlicht.“

„Hjarta...“
„Ja, Du...“ Die Worte schlichen gleichsam angstvoll in der Luft herum.

„Jonse stützte sich an der Felswand. Er hörte... eine Frau, die schwer und hart atmete, und lärmliche Antworten, welche Begriffe glänzend von heißen, blühenden Zügen...“

„Und es war ihm, als würde er unter diesem Scherstein schmerzhaften gleich einem weidwunden Tier, das langsam erstickt in die Erde sinkt.“

„Und Sagemann schaute die Felsen wieder an. Und Hjarta lächelte... und es war das zarte, kindliche Lächeln eines Kindes, das aus dem mauernden Rausch der Grubenluft erwacht.“

„Und wie war es heute, sagte sie. Und es war... als wäre die Wärme in ihrer Kehle erstickt.“
„Ach, wie war es heute“, sagte sie abermals.

Es läßt sich nicht annehmen, daß das Organ des Herrn Scherl eine solche Jeremiade über den mangelhaften Zustand des deutschen Heeres veröffentlichen würde, wenn maßgebende Stellen diese Stimmungsmache, deren frivolster Charakter schon mehrfach auch von sehr „nationaler“ Seite gekennzeichnet worden ist, nicht wünschten.

Totenklage.

Zu dem Streikpostenantrag der Konservativen hat sich die Rechte des Reichstages folgendermaßen geäußert:

Die Konservativen geschlossen dafür mit Ausnahme des Abg. Rupp, der sich der Stimme enthielt. Die Freikonservativen sämtlich dafür. Die Wirtschaftliche Vereinigung dagegen mit Ausnahme des Abg. Gehbart, der sich der Abstimmung enthielt. Enthaltungen gaben sich weiter der Reformpartei der Werner-Perselb und die beiden bayerischen Bauernbündler Bauer und Loug. Der Reformpartei der Bruhn hat gegen, der derselben Gruppe angehörig: Gräfe-Sachsen für die Resolution gestimmt.

Am amüsantesten ist das Verhalten der Reformen: einer stimmt dafür, einer dagegen und der dritte enthält sich. Das ist doch noch eine Partei, die weiß, was sie will und die nötige innere Geschlossenheit besitzt. Wenn die „Deutsche Tageszeitung“ erklärt, es liege für die Konservativen kein Grund vor, ihren Vorstoß zu bedauern, so sagen auch wir: schon um der Abstimmung der Reformpartei willen hat die Sache gelohnt. Aber so meint es das agrarische Organ wohl nicht. Es hat mit seinen Freunden nur die Gelegenheit benützen wollen, um wieder einmal die Spreu von dem Weizen zu sondern. Wenn dabei nur 52 Körner, herausgekommen sind — um so schlimmer für das deutsche Vaterland.

Die Konservativen werden, wie das Blatt des Herrn Dietel weiter berichtet, trotz aller parlamentarischen Niederlagen ihren Standpunkt nicht preisgeben, und sie können sich stolz auf die Unterstützung des Bundes der vaterländischen Arbeitervereine berufen, die vor der Abstimmung in einem Schreiben, das jetzt bekannt wird, Herrn Bassermann für die konservative Resolution scharf zu machen versucht haben. Bemerkenswert an diesem Schriftstück ist vor allem der Satz:

Bestrafungen auf Grund der Gewerbeordnung verlieren ihren erzieherischen Wert, weil sie, falls auf Geldstrafe erkannt wird, von den Gewerkschaften getragen werden, wenn auf Gefängnisstrafe, dem Betroffenen Unwirtschaft auf ein Amt einbringen.

Es hieße den Selben zu viel Ehre an tun, wenn wir mit ihnen über diese famose Begründung des Streikpostenverbots diskutieren wollten. Nur die eine Frage sei gestattet, inwiefern denn nach Ansicht der Vaterländischen die Bestrafungen wegen Uebertretung eines Streikpostenverbots einen höheren erzieherischen Wert besitzen sollen, als die wegen Verstoß gegen § 153 der Gewerbeordnung.

Die Konkurrenzklause in der Kommission.

Zu der Frage: Verbot der Konkurrenzklause und Ausdehnung der Gesetzesvorlage auf alle Angestellten und Arbeiter, lag folgender Antrag der Sozialdemokraten vor: „Den § 74 D.-G.-V. wie folgt zu fassen:

„Eine Vereinbarung ist nichtig, durch welche Lehrlinge, Arbeiter, Anestellte des Handelsgewerbes für die Zeit nach der Beendigung des Dienstverhältnisses in ihrer gewerblichen Tätigkeit beschränkt werden.“

Unternehmer, die untereinander eine solche Beschränkung von Dienstverhältnissen vereinbaren, werden mit Geldstrafe nicht unter 1000 Mark, im Wiederholungsfall ausgedem mit Haft bestraft. Die Verurteilung ist zu veröffentlichen.“

Genosse Duard begründete den Antrag und wies besonders die Notwendigkeit der Ausdehnung dieses Gesetzes auf alle Arbeiter nach. Dagegen wandte sich ein Regierungsvertreter: eine solche Regelung sei ausgeschlossen. Die Regierung würde ein Verbot der Konkurrenzklause unter keinen Umständen akzeptieren. Die Regierung halte die Konkurrenzklause zur Abwehr eines unläuteren Wettbewerbes für berechtigt: nur hierfür solle sie auch erlaubt sein. Der Antragsteller müsse sich zuvor schämen können, daß ihm z. B. ein Reizender fortentzogen werde, um damit Kunden abzugeben. Thoma (natl.) hielt schon

und sie gingen weiter. Jonse blieb hinter dem Felsblock stehen, bis ihre Schritte weit drinnen in der Grube verhallten.

Nun mußte er es also sicher, daß Hjarta nicht mehr die Seine war. Und mit diesem Wissen war gleichsam ein Fenster zwischen ihnen geschlossen, das sich nie und nimmermehr aufstun würde. Sie war es, die alle lauren Gelübde gebrochen hatte. Die Luft darüber lagte in ihm. Er schour sich los von ihr... Bei Gott, er wollte auch den letzten Gedanken an sie austreiben aus jenem Innern... Er war zu stolz, um mit irgendwem zu teilen...“

„Mit langen, schweren Schritten ging er den Grubengang hinauf. Der Drang, laut aufzuschreien, überwältigte ihn fast. Alles war nun vorbei... alles! Und als er hinaufkam an den Schand der Grube, wo das matte Licht des Abends sichtbar wurde... blieb er stehen. Was sollte er eigentlich da oben? Er konnte an diesem Abend nicht in die Bergstube gehen und sich mit den anderen abgeben. Nein, er konnte nicht.“

„Früher hat der Schnee in großen Fladen lautlos herab... und der Jagner, der mit blauem Frühlingwasser über den Eise dalag, wurde wieder weiß bedeckt... Frühling wurde es also doch noch nicht... Und er hatte sich so gelehnt nach dem Frühling... nach Sonne und Blumen und wehenden Wald... Geführt mit seinem ganzen, jungen Herzen. Und nun wurde es immer wieder Winter... nichts als der ewige Schnee...“

„Danz zu wissen, wohin, ging er hinauf ins Gebirge. Er suchte sich und machte einen Umweg um die Schlackenhausen, damit niemand ihn von der Bergkante aus sehen sollte. Diese großen, hohen Gärten lagen dampfend in der kühlen Luft — jahrbundertlang hatten sie so dagelogen in Rauch und Schwefelbrand. Und Jonse hätte die den letzten Schnee von den schweren Holzschuhen. Er war müde... aber hatte gleichwohl nicht Kopf noch Fuß... wußte nicht, was er mit jenem armen, elenden Leben anfangen sollte. Er trieb ziellos umher... und das Bewußtsein der Hilflosigkeit war sein gefährlicher Begleiter.“

„Mit ihm konnte es niemals besser werden. Und er ging weiter und dachte an seine Kinder, wie sein Vater lange Jahre herab war. Und er erinnerte sich eines Abends nach einem Tage, der so hart und unerbittlich gewesen war, daß Jonse von der unheimlichen Stille floh. Aber er, der Bergwerkseigenen, ließ nicht nach Hause; denn dort lag der Vater bleich und abgemagert im Bett und parrie in düstiger Schwermut dort hin. Kein... weit fort nach unbekannten Gegenden“

nach dieser Erklärung des Regierungsvertreters die Verbotforderung für erledigt und wandte sich gegen die Quarta'sche Auslegung der Gewerbeordnung. Genosse Weill meinte, die Kommission müsse es doch auf ein „Unannehmbar“ ankommen lassen; durch die Kommissionsberatung müsse die Regierung eines besseren belehrt werden. Sie selbst müsse ihre Stellungnahme erst einmal mit triftigen Gründen belegen. Wenn der Gehilfe in einem Geschäft besondere Kenntnisse erwerbe, dann sei das in der Hauptsache doch seiner persönlichen Fähigkeit zuzuschreiben. Die Gewerbeordnung sei ein grundlegendes Wirtschaftsprinzip des heutigen Staates, das für den Angestellten nicht zu seinen Ungunsten eingeschränkt werden könne. Waldstein (fortschritt) bedauerte, daß nicht auch gleichzeitig die technischen Angestellten berücksichtigt werden. Einem Verbot könne er nicht zustimmen, da die Konkurrenzklause nicht immer für unzulässige Zwecke angewendet werde. — Ein Regierungsvertreter führte aus, daß aus rein technischen Gründen die Vorlage nicht die technischen Angestellten einbeziehe; das müsse einem besonderen Gesetz vorbehalten bleiben. Für die Industrie wäre auch vielfach eine kurzfristige Konkurrenzklause für drei Jahre nicht genügend. Genosse Diebel bezeichnet die Gründe der Regierung nicht als stichhaltig. Die besonderen Interessen der Fabrikanten an den Produktionsmethoden zu werden genügend geschützt durch Patent und Markenschutz. Im Handel aber gebe es gänzlich solche Geschäftsgeheimnisse, die nicht auf anderem legitimen Wege jemals zugänglich seien. Deshalb kommen auch immer häufiger Stimmen aus Arbeiterkreisen, die das Verbot bekräftigen.

Butter- und Obstzölle. Die Junter Kreise in ungezügelter Rast nach Erweiterung und Erhöhung der Schutzollmauern. Der Butterzoll soll neu eingeführt werden. Diefelbe Forderung wird erhoben in Bezug auf Gemüse und Obst und soweit dafür bereits Zölle bestehen, deren Heraushebung. Dabei handelt es sich nicht lediglich um Demonstrationen zum Schutze der bestehenden Verhältnisse. Durch Bildung besonderer Zollkommissionen und systematische Bearbeitung der mit den Vorarbeiten für die Neuordnung der Handelsverträge in den Ministerien beschäftigten Stellen wird die Durchsetzung der erhobenen Forderungen allen Ernstes erstrebt. Dagegen kommt in den industriellen Kreisen immer mehr die Erkenntnis von der Unhaltbarkeit der jetzigen hohen Agrarzölle zum Durchbruch. So betont die Handelskammer Oberfeld in ihrem letzten Geschäftsbericht, daß eine genaue Prüfung der Verhältnisse und Ermäßigung der landwirtschaftlichen Zölle geboten sei. Das System der Meistbegünstigung müsse als für allemal Gegebenes betrachtet werden.

Der neuen Militärvorlage. Die „Frankfurter Zeitung“ macht trotz aller halbhoftigen Dementierung folgende Mitteilungen: „Dem Reichstage wird außer den er erwähnten Forderungen für Zwecke der Luftschiffahrt noch eine Militärvorlage gehen, und zwar noch in dieser Session. Was sie enthalten wird, läßt sich mit Sicherheit noch nicht sagen. Das Blatt hat aber Grund zu der Annahme, daß sie die von verschiedenen Militärs verlangte militärische Ausbildung derjenigen Militärangehörigen bringen wird, die jetzt als überzählig zurückgestellt werden. Es soll durch diese Maßregel bezweckt werden, daß man im Falle eines Krieges möglichst viele Leute von der jungen Mannschaft ins Feld schicken und dementsprechend von den älteren Jahrgängen abziehen kann. Die neue Militärvorlage ist bereits in Vorbereitung und wahrscheinlich schon ziemlich weit gediehen.“

Geneidenswerte Gemeinden. In den badischen Gemeindefeldern bei Bonndorf und Oberwinden bei Waldkirch sind die Bürger von der Zahlung von Gemeindefeldern vollständig befreit. Diese Gemeinden besitzen so ausgedehnte Waldungen, daß z. B. Wellingen eine Wasserleitung anlegte, ein neues Rathaus baute, ihre Bürger gratis mit Brennholz versorgte und trotzdem noch 80.000 Mk. Kapital erübrigte. Das Gleiche ist von Oberwinden zu berichten.

Die erste städtische Fleischhalle. Unter großem Andrang des Publikums wurde am Mittwoch die erste städtische Fleischhalle in Wilmersdorf eröffnet. Unter anderem war eine lange Reihe australischer Hammel, die ersten ihrer Art in Groß-Berlin, aufgehängt.

Geruch mit der Sprache! Genosse Dr. Gradnauer stellte am Donnerstag im Reichstage, um der Geheimstämmerie bezüglich der Militärreformpläne ein Ende zu machen, folgende Anträge:

„Ist der Herr Reichskanzler in der Lage, Auskunft zu erteilen, ob und inwieweit die angeblich auf amtlichen Informationen beruhenden Zeitungsmeldungen der Wahrheit entsprechen, daß die verbündeten Regierungen neue, umfassende Militärreformen, auch abgesehen von dem Ausbau der Luft-“

wollte er stehen. Er rannte hinauf ins Gebirge. Aber, als der Morgen kam, kehrte er wieder um. Und als der erzwungene Klang der Grubenlupe über die Höhebene zitterte, schliefte er sich todmilde nach dem Arbeitsraum, wo sie — mehr als hundert Jungen waren es — in Kälte und Nässe den ganzen Tag über bei schwerer Arbeit stehen mußten...“

„Nein, nur nicht daran denken... Alle Erinnerung auslöschen... Er war ja nun gerade so elend daran... betrogen von dem Mädchen, das er über alles geliebt hatte. Ueber alles.“

„So war es nun einmal im Leben... In diesem elenden, freudearmen Leben...“

„Spät war es, als er zurückkehrte. Seine Kleider waren tropfnass vom Schneewasser. Und ihn froh bei dem winterkalten Wetter.“

„Bei der Grube war alles zur Ruhe gegangen. Still Nacht war es überall. Nur der ewige Rarm der großen Erdbrechmaschine durchbrach die Stille.“

„Er schlenderte um das Spontorgebäude herum. Im obersten Stockwerk war Hjartas Zimmer. Und er machte Halt, es war ihm, als könnte er an dem Hause nicht vorbeikommen.“

„Nun lag Hjarta da oben und schlief... lag dort jung und schön unter den weißen Decken. Vielleicht lag einer bei ihr.“

„Aber er — Jonse — irrte ziellos umher im Gebirge in der bleichen Frühlingnacht...“

Der Kallor, Nordens Kampfpaß, kam mit seinem Rädel Altblöde über die großen, eben Schneefelder des Rothammerberges gewandert.

„Lief lag der frisch gefallene Schnee, und es war schwer, auf den unheimlichen Wegen über das Gebirge zu kommen. Sie gingen hintereinander her und kämpften sich vorwärts. Er war groß und schön wie ein starkes Tier, und ging gelächelt unter dem Kallorhalm. Sie schliefte sich müde hinterher. Das lächelnde blonde Haar hing über ihr in nassen Strähnen in das graublaue Gesicht, und um die Schultern geschlagen trug sie einen alten, roten Schal. Ihre Kleider waren nur noch Lumpen...“

„Aber und zu hüten er stehen und wartete auf sie... oben er machte sich daran, ihr im Schnee den Weg zu bahnen. Dabei rannte er kämpfend auf und ab, bis ihm der Schweiß vom Gesicht rann, und er ganz ermattet nicht weiter konnte. Dann schloffen sie wieder hintereinander her... langsam und schweigend...“

solte, durchzuführen beabsichtigen? Entspricht es insbesondere der Wahrheit, daß die Mischel besteht:

1. die Mannschafstärke der Kompagnien zu erhöhen;
2. dritte Bataillone, soweit sie noch nicht vorhanden sind, aufzustellen;
3. die Ersatzreserve zur Ausbildung mit der Waffe einzuberufen;
4. Kavallerie-Divisionen schon in der Friedenszeit aufzustellen;
5. Selbständige Radfahrer-Kompagnien zu bilden;
6. die Artillerie zu vermehren.

Die diesjährige Gindlerparade, nach einer Meldung der „Deutschen Tageszeitung“ wird die Generalversammlung des Bundes der Landwirte am Montag, den 17. Februar, in Berlin stattfinden.

Geschäfte des preussischen Staates. In der Budgetkommission des Landtages wurde die Frage der Abtretung des Brunnwaldes an die Stadt Berlin behandelt. Der Minister gab zu, daß der Staat ursprünglich einen viel zu hohen Preis für dieses der Stadt Berlin so wichtige Waldgelände verlangt habe. Konservative und Zentrum unterstützten den Minister in dem Verstreben, die Stadt Berlin, die aus gesundheitlichen Rücksichten den Waldgürtel gebraucht, ordentlich zu schröpfen; bei dem preussischen Minister würde diese städtefeindliche Scharmacherei kaum notwendig gewesen. Er versicherte, daß die Stadt Berlin, die mit 100 Prozent Steuerzuschlag auskomme, irgend welche Vergünstigungen nicht beanspruchen könne.

Bei dem Verkauf der Domäne Dahlemer für die Anlage des Botanischen Gartens hat der Staat 50 Millionen profitiert. Die finanzielle Geschäftsmacherei versteht man demnach in der preussischen Regierung ausgezeichnet.

Kleine Anfragen des Herrn Wassermann. Der Abgeordnete Wassermann hat im Reichstage drei Anfragen eingebracht.

In der ersten fragt er, ob dem Reichskanzler bekannt ist, daß die neue chinesische Elementar-Schulordnung vorliegt, daß in jeder höheren Elementarschule eine fremde Sprache und zwar die englische in der Regel gewählt werden muß. Herr Wassermann will wissen, ob der Reichskanzler bereit ist, bei der chinesischen Regierung für eine Gleichstellung der deutschen Sprache einzutreten.

Die zweite Anfrage wünscht zu wissen, ob dem Reichskanzler Mitteilungen darüber geworden sind, daß zwischen England, Frankreich und Rußland bestimmte Vereinbarungen über eine Abgrenzung der gegenwärtigen Interessensphären in den armenischen, lykischen und arabischen Gebietssteilen der Türkei getroffen worden sind und welche Stellung der Reichskanzler solchen Vereinbarungen gegenüber einzunehmen gedenkt.

Die dritte Anfrage geht dahin, ob dem Reichskanzler die Vergewaltigung des deutschen Ansehens durch die Franzosen durch französische Truppen bekannt sei und welche Schritte zur Wahrung der Interessen des Geschädigten und zu dessen Schutze unternommen worden sind.

Ausland.

Die russische Arbeiterpresse im Jahre 1912.

Die Wiederbelebung der wirtschaftlichen und politischen Massenbewegung der russischen Arbeiterklasse im verflochtenen Jahre hat es mit sich gebracht, daß die Arbeiterpresse, den unerbitterlichsten Verfolgungen zum Trotz, endlich festen Fuß gefaßt hat. Welch einen Umfang sie gegenwärtig erreicht, und welche Opfer sie gefordert hat, ist aus den nachstehenden, noch unvollständigen Angaben ersichtlich. Das Wochenblatt „Swesda“ (Stern) erschien in 60 Nummern, von denen 17 konfisziert und drei mit einer Strafe von 1500 Rubel belegt wurden. Das Blatt hatte 8 Gerichtsprozesse, die insgesamt 11 Jahre 5 Monate Gefängnisstrafe ergaben. Die Wochenblätter „Schwowe Djeło“ und „Nerzki Golos“ erschienen in 24 Nummern, von denen 16 konfisziert und 3 mit einer Strafe von 1500 Rubel belegt wurden. Bisher hatten diese Blätter drei Gerichtsprozesse, die insgesamt 2 Jahre 5 Monate Gefängnisstrafe ergaben; einige Prozesse schweben noch. Von den jetzt erscheinenden sozialdemokratischen Tagesblättern in Petersburg brachte die „Arbada“ 204 Nummern heraus, von denen 25 konfisziert und vier mit einer Strafe von 1800 Rubel belegt wurden. Ferner wurden drei Redakteure zu je drei Monaten im Verwaltungsverweh verurteilt. Das zweite sozialdemokratische Tagesblatt „Lutsch“ brachte 88 Nummern heraus, von denen 29 konfisziert, und 6 mit einer Strafe von 2250 Rubel belegt wurden. Die sozialdemokratische Monatszeitschrift „Nadscha Saaja“ wurde einmal konfisziert und einmal mit einer Strafe von 300 Rubeln belegt. Ein Redakteur wurde zu einem Jahre Gefängnis verurteilt, bei vielen Mitarbeitern und in der Redaktion fanden zahlreiche Hausdurchsuchungen statt. Wir übergehen die nicht minder heftigen Verfolgungen der russischen, lettischen, sibirischen, gruffischen Arbeiterpresse in der Provinz, wie die Straten gegen die Gewerkschaftsblätter, insgesamt ergeben die behördlichen Verfolgungen nach unvollständigen Angaben folgenden Fazit: 97 Konfiskationen, 12.950 Rubel Strafe, 21 Jahre sieben Monate Gefängnis, ein Fall lebenslänglicher Deportation, ein Jahr administrativer Verhaftung!

Zum Wahrestreik in Budapest. In Budapest wurde gestern im Rathaus eine Konferenz abgehalten, an der die stützenden Beamten der Stadt teilnahmen. Es wurde der Beschluß gefaßt, zur Sicherung der einzelnen Betriebe alles aufzugeben. Die hiesige Garnison wird auf den Kriegszustand gesetzt, ferner sollen für die Zeitdauer des Streiks 1000 Gendarmen in Budapest konzentriert werden. Die Gasthore müssen um 6 Uhr abends geschlossen sein. Der Schulunterricht wird eingestellt.

Amnestie in Spanien. Aus Anlaß seines Namensfestes unterzeichnete der König gestern eine allgemeine Amnestie für politische Verurteilte.

Monarchistische Umtriebe in China. Aus Peking kommt die Nachricht, daß der Monarchist Linsching bei dem Versuch, in das Kabinett Juanichais zu dringen, erschossen wurde. Bei dem Getöteten fand man eine Bille der monarchistischen Versammlung. Die Verhaftung des Prinzen Kojenta, des dritten Sohnes des Prinzen Su, wird damit in Zusammenhang gebracht. Ueber den Ort, wo der verhaftete Prinz sich zurzeit befindet, wird das strengste Geheimnis gehahrt.

Ein Schreckensurteil in Oesterreich. Das Kreisgericht in Chrudin in Böhmen verurteilte den Arbeiter Zahradka wegen Teilnahme an „staatsfeindlichen Kundgebungen“ auf dem Pardubitzer Bahnhof anläßlich der Abfahrt von Truppen zu zwei Jahren schweren Kerkers.

Schlesien, Posen und Nachbargebiete.

Trog der Grenzsperr.

Die Maul- und Klauenseuche, von der nach den Aufnahmen des Kaiserlichen Gesundheitsamts im Jahre 1910 über 11 000 Gehöfte neu betroffen wurden, schädigte in Schlesien 504 bisher vorwiegend Gehöfte. Von dem Viehbestand erkrankten 17 087 Rinder, 1878 Schafe, 277 Ziegen und 7049 Schweine. So schwer die Verluste auch sind, sie reichen nicht

heran an die des Nachbargebietes Posen, wo fast 5000 Gehöfte mit 178 000 Rindern, 121 000 Schafen, fast 4000 Ziegen und rund 180 000 Schweinen neu betroffen wurden. Kein anderes deutsches Gebiet hat so schwer gelitten. Es ist bezeichnend, daß die Westprovinzen fast ganz verschont blieben: so wurden z. B. in Westfalen nur 12 Gehöfte, in Posen-Pommern 14, in Rheinland 18 neu betroffen.

Städtische und ländliche Bevölkerung.

Die Zahl der Gemeinden mit mindestens 2000 Einwohnern (städtische Bevölkerung im Sinne der Statistik) betrug in Schlesien nach der letzten Volkszählung 290. Auf die einzelnen Bezirke verteilte sich diese städtische Bevölkerung wie folgt:

| Gemeinden | Bewohner (1906) |
|-------------------|-------------------------|
| Breslau | 80 999 755 938 787 |
| Oppeln | 60 502 758 473 650 |
| Doppeln | 150 1 270 496 1 129 703 |

Von je 100 Bewohnern waren städtisch im Bezirk Breslau 54, Oppeln 49, Doppeln 58. Auch die jährliche Zunahme war im Bezirk Oppeln am stärksten: 1,62 Prozent gegen nur 0,75 in den beiden anderen Bezirken. Während einzelne Gemeinden einen jährlichen Durchschnittszuwachs von 5–20 Prozent halten (zum Beispiel das ober-schlesische Dorf Chwalowitz 19,87 Prozent, in demselben Kreise Rybnik das Dorf Anurów 15,78 Prozent), zeigten 50 Gemeinden einen Rückgang, darunter allein 24 im Bezirk Oppeln.

Brieg, 24. Januar. Dr. Dertel und seine Helfer hielten das Thema der am 28. Januar, nachmittags 3 Uhr, in der „Harmonie“ stattfindenden Versammlung, in der Genosse Th. Müller-Breslau mit dem Volkstribun Dertel und dessen Freunden gründlich abrechnen wird. Daß die Abrechnung nötig ist, beweist das provokatorische Auftreten des Dr. Dertel. Wir erwarten deshalb von der Vereinigen Arbeitergenossen und Gewerkschaftlern, daß sie für Massenbesuch sorgen, um diese Versammlung zu einem wichtigen Protest gegen die Haltung des Abgeordneten für Brieg-Namslau zu gestalten.

Schweidnitz, 24. Januar. In Todesverbrüht hat sich das vierjährige Entleinchen des Stellenbesitzers Lange in Kreisau, dessen in Berlin verheiratete Tochter sich mit dem Kinde betrunken bei dem Eltern aufhielt. In einem unbewachten Moment stürzte das Kind in den Kachel in ein Schaff mit fließendem Wasser und es erlitt, ehe es herausgehoben werden konnte, schreckliche Verletzungen, sodaß Haut und Fleisch sich von den Knochen lösten. Das Kind starb wenige Stunden später unter qualvollen Leiden.

Banglau, 24. Januar. Ein Nachspiel zu den Prozessen bezüglich der Jugendorganisation. Die Niederschlesische Arbeiterzeitung“ ärgert sich darüber, daß Genosse Schebs zweimal freigesprochen worden ist. Das Blatt greift Schebs in gehässiger Weise an, indem es behauptet, er leide als Bierverleger die Jugendorganisation wohl nur aus dem Grunde, damit die Jugendlichen auch sein Bier trinken sollten. Genosse Schebs hat der Redaktion daraufhin eine Verichtigung auf Grund § 11 des Pressgesetzes ein sandt und den verantwortlichen Redakteur auf Grund der §§ 185 und 188 des Strafgesetzbuches dem Staatsanwalt übergeben.

Sielesberg, 24. Januar. Folgen des Schnapsgenusses. Des Tischlagers am Waldermeister Anschütz angeklagt stand der Arbeiter Erich Ruffner vor dem hiesigen Schwurgericht. Der Angeklagte und sein Opfer hatten in der Nacht zum 15. September v. J. in einem Gasthause zu Krummhübel gegest und waren auf dem Heimwege in Streit geraten, in dessen Verlauf Ruffner dem Waldermeister schwere Verletzungen beibrachte, die dessen Tod zur Folge hatten. Vor Gericht suchte Ruffner den Sachverhalt so darzustellen, als habe er lediglich aus Notwehr gehandelt, eine Darstellung, die indes nach dem Ergebnis der Beweisaufnahme sehr unübersehbar erschien. Die Geschworenen sprachen Ruffner nur der vorläufigen Körperverletzung schuldig, billigten ihm aber keine mildernden Umstände zu. Da jedoch der Anklage noch gänzlich unbestraft war und ihm sonst von allen Seiten ein sehr gutes Zeugniszeugnis ausgestellt wurde, verurteilte ihn der Gerichtshof zu vier Jahren Gefängnis.

Während der Verhandlung erfolgte im Zuschauerraum eine Verhaftung. Ein dort sitzender junger Mann erregte durch unsittliche Handlungen Mergernis. Auf Veranlassung einer Frau wurde der Uebelthäter vom Plage weg verbannt.

Sielesberg, 24. Januar. Fälschungen im Postkontrollbuch. Vor dem hiesigen Schwurgericht hatte sich die Buchmacherin Auguste Jaekel zu verantworten, die unter der Anklage stand, eine öffentliche Urkunde gefälscht zu haben. Die Angeklagte, die in der Verhandlung einen sehr aufgereagten Eindruck machte, stand in Geschäftsverbindung mit einem Kaufmann, der ihr Waren lieferte. Nach einiger Zeit kam es zwischen beiden zu Differenzen, die schließlich zu einer ganzen Anzahl von Zivilprozessen führten. In einem dieser Prozesse behauptete die Angeklagte, sie habe an den Kaufmann für geleistete Waren einen Betrag von 35 Mk. zu viel gezahlt. Zur Begründung dieser Behauptung legte sie das Postkontrollbuch vor. Es konnte aber sehr bald festgestellt werden, daß durch verschiedene Manipulationen die 35 Mk. zu Unrecht in das Buch gekommen war. Die Folge war die jetzige Anklage. Die Angeklagte blieb dabei, daß sie im Recht sei und daß vor allem nicht sie die Fälschungen begangen habe. Sie ließ sogar durchblicken, daß der Kaufmann selbst oder einer seiner Angestellten bei einer passenden Gelegenheit die Fälschung angestellt hätten. Die medizinischen Sachverständigen hatten schwere Bedenken hinsichtlich des Geisteszustandes der Angeklagten, die als eine überaus hysterische Person bezeichnet wurde. Ein Sachverständiger lautete sogar, daß bei ihr der § 51 Str.-G.-B. in Anwendung kommen müsse. Unter diesen Umständen vermochten die Geschworenen nicht zu einem Schuldspruch zu gelangen, worauf die Angeklagte freigesprochen werden mußte.

Schleifengrube, 24. Januar. Vom Schießfelde der Arbeit. Die Arbeiterin Kusch war auf der Schießbahn mit dem Schießen von Waggons beschäftigt. Sie wurde von einem Wagen überfahren und ihr die Gesichtshälfte vom Kopf getrennt. Der Tod trat auf der Stelle ein.

Hobersbörcher, 24. Januar. Aus Furcht vor Strafe. Mittwoch nachmittags wurde bei der Holzschleiferei die Leiche eines Mädchens angeschwemmt. Die Tote wurde als die 18jährige Tochter des Kutschers D. J. von hier erkannt, die, wie man annimmt, aus Furcht vor einer Bestrafung den Tod im Wasser gesucht hat.

Glogau, 24. Januar. Die Stadtväter eilen in der letzten Sitzung zunächst das Andenken des verstorbenen Stadtverordneten Dr. Gierke in üblicher Weise, worauf die Wahlen zu den verschiedenen Kommissionen vollzogen wurden. Die Jahresrechnung für 1911 ergab eine Einnahme von 2,942,148,90 Mk. und eine Ausgabe von 2,775,111,75 Mk. Dem Expedienten J. A. Friedrich wurden drei 48 Hektar große Lagerplätze zu einer Jahrespacht von 768 Mk. auf weitere drei Jahre verpachtet. Zu den 90,000 Mk. betragenden Kosten für die Heberland-Zentrale Schmarlau - Permsdorf - Quillitz - Gränich wurden noch 2100 Mk. für zwei Reservetransformatoren nachbewilligt. Dem hiesigen Kaninchenzüchterverein bewilligte man 30 Mk. Beiträge zu Freisen für eine im Februar stattfindende Kaninchen-Ausstellung. Den Hauptpunkt der Verhandlungen bildete der Antrag des Magistrats, ihn zu ermächtigen, mit dem Kreisamtsrat wegen der Aufstellung von zwei auf dem linken Oderufer abzurufen liegenden Festungsanlagen (Stierfeste und Müllersford) und Aufbaus des ausfallenden Festungsgeländes in Verhandlung zu treten. Nach recht umgebendes Vernehmung dieses hochwichtigen Punktes wurde der Antrag angenommen. Sollten nun die Verhandlungen mit dem

Ministerium zu einem Ankauf des Geländes der Eisenbahn für 114.400 Quadratmeter, das andere Gelände der Bahnstraße entlang 16.200 Quadratmeter groß) führen, dann hat Glogau zu seiner Erweiterung einen neuen großen Komplex gewonnen, wo Arbeiterhäuser entstehen könnten.

Wiesau, 24. Januar. Von der Gefahr des Ertrinkens gerettet wurde der Sohn des Haushalters Hahn. Er trieb sich auf dem morchen Eis des Mühlgrabens herum, brach in den viel Wasser fließenden Graben ein und wurde nur durch das zufällige Dahinkommen des Gutsbesitzers Jahn, der ihn heranzog, davon bewahrt, daß er nicht unter das Eis kam. Eine neue Warnung, das Betreten der Eisflächen nach eingetretenem Tauwetter zu vermeiden.

Sagan, 24. Januar. Bestrafte anonyme Briefschreiberin. Die Frau des Kontrollbeamten der Alters- und Invaliden-Versicherung Kiebel stand im Verdacht, anonyme Briefe beleidigenden Inhalts an verschiedene Personen geschrieben zu haben. Die Genannte hatte sich deshalb vor der hiesigen Strafkammer zu verantworten. Die Verhandlungen nahmen mehrere Stunden in Anspruch und endeten mit der Verurteilung der Angeklagten zu 500 Mark Geldstrafe und -den Kosten. Der Staatsanwalt hatte mehrere Monate Gefängnis beantragt.

Banglau, 23. Januar. Aus dem Stadtparlament. Am Dienstag fand eine Sitzung mit einer langen Tagesordnung statt, von welcher wir nur das Wichtigste wiedergeben: Nach Wiederwahl des bisherigen Vorstandes erfolgten die Neuwahlen von Mitgliedern für die verschiedenen Ausschüsse und Deputationen. Die meisten der bisherigen Mitglieder wurden wiedergewählt. Dann kam der Antrag des Magistrats: Errichtung zweier neuer Feuerlöcher zur Verhandlung. Nach endloser Debatte, wo ein Redner immer dasselbe sagte, was der vorherige sagte, und was auch schon früher gesagt wurde, nahm die Versammlung die Magistratsvorlage an. Ferner wurde dem Antrag auf Neubau eines Forthauses in Garminhaide zugestimmt. Dann beschäftigte man sich mit der Straßenreinigung. Ein neues Ortsstatut soll die Straßenreinigung regeln. Die Hausbesitzer, die bis jetzt den auf sie entfallenden Straßenteil reinigen mußten, weigerten sich und mandatierten die Straßenstandmächtig aus. Es gab eine heftige Debatte und der Bürgermeister drohte, daß, wenn die Hausbesitzer ihren Verpflichtungen nicht nachkommen, er die Polizeibeamten „auf sie hetzen“ („hetzen“! Auch gut. D. R.) würde, würde es Straßmandats regnen. Die namentliche Abstimmung ergab die Annahme des Magistratsantrages mit 20 gegen 18 Stimmen. Es wurden noch mehrere kleine Sachen und Nachbemüßigungen erledigt, sowie der Ankauf für das Hausgrundstück Götterstraße 39 beschlossen. Dann wurde die Sitzung geschlossen.

Wittgenhoff, 24. Januar. Blinder Eifer. Eine heitere Episode trug sich am Sonntag in den frühen Morgenstunden nach der Kaisergeburtstagsfeier des Reichstretens in „Wittgenhoff“ hier zu. In fröhlicher Laune wurde das gelesene Viano mittels Handlakens wider nach Hause geschafft. Der Herr Warrer hatte aber die Szene beobachtet und das Klavier für einen betrunknen Festteilnehmer und das Ganze für einen Verleichenzug gehalten. Von der Kugel herab ließ nun der ergrante Seelenhirt über seine Schäflein eine gewaltige Strafpredigt ersonnen: „Schande über die Leiter und Veranstalter solcher Festlichkeit, an deren Schluß mit frevelhaften Kommandoworten Betrunkene auf Karren nach Hause gefahren werden müssen!“

Obilich, 24. Januar. Einbruch in die St. Jakobus-Kirche. In der Nacht zum 22. Januar ist in der hiesigen St. Jakobuskirche ein Einbruch verübt worden. Der Täter stieg durch ein Fenster, welches er vorher zertrümmert hatte, in die Kirche ein. Soweit bis jetzt festgestellt werden konnte, hat der Täter nichts entwendet. Am Tatorte wurde vom Täter verschiedenes Handwerkszeug zurückgelassen, woraus zu schließen ist, daß er bei seiner Arbeit gestört worden ist. Zu erwähnen ist noch, daß das Labernafel von dem Täter schwer beschädigt worden ist.

Aus Oberschlesien.

Reife, 24. Januar. Klerikale Lokaltreiber. Das für Sonnabend, den 25. Januar, geplante Vergnügen im Saale der „Sonne“ kann nicht stattfinden, weil uns das Lokal von uneren „edelnden Freunden“ abgetrieben worden ist. An Stelle dessen findet Sonnabend 8 Uhr eine außerordentliche Kartellung statt, zu der alle Gewerkschaftsvorstände eingeladen sind.

Rattow, 24. Januar. Töbliche Unglücksfälle. Von eigenen Wagen überfahren wurde der Rattower J. Stollhoff bei der Firma Petrucci in Rattow beschäftigt. Der Rattower bestand sich auf der Geschäftstour von Gernich nach Rattow. Vor dem Stadtwalde in Kornowog ging der Rattower neben dem Wagen, glitt aus und geriet unter die Räder des mit Kohlen beladenen Wagens, die ihm über den Unterleib gingen. Von dem ihm folgenden Rattower wurde der Verunglückte auf den Wagen geladen und nach dem Krankenhaus überführt. Inzwischen war bereits der Tod des Verunglückten eingetreten. Beim Verladen von Tabakballen vor dem Hauptpostamt Rattow verunglückte der Kontorbedient Franz Depta von der Zigarettenfabrik Goebel dadurch, daß ein Ballen auf ihn fiel und ihm den Schädel zertrümmerte. Der Verletzte starb kurze Zeit nach dem Unfall.

Rönschütz, 24. Januar. Des Ernährers Beiraubt. Mittwoch nachmittags verunglückte in der Hütte auf dem Martinshauwerk der Arbeiter Kaminski. Er brach mit einem Gefäß durch und fiel so unglücklich, daß ihm der Kopf gerichmetert wurde. Er hinterließ eine Frau mit sechs unermögungen Kindern.

Rattow, 24. Januar. Ein gemeingefährlicher Versuch. Neuerdings treibt hier ein Unhold sein Wesen dessen Spezialität es ist, die Garderobe besser gekleideter weiblicher Personen zu ruinieren bezw. zu beschmutzen, und zwar am hellerlichten Tage. Ohne daß die Betroffenen eine Ahnung davon hat, wird ihr auf der Straße vor hinten eine stark zerlegende, klebrige, dunkelbraune Masse auf die Kleidung geprüßt.

Badre, 24. Januar. Töblich verunglückt. Auf dem Krugschacht II des Oiseldes der Königsgrube fiel ein Wagen von der Förderseile und begab unter sich den Arbeiter P. Urbanczyk und den Wagenführer Müller. Ersterer wurden beide Beine gebrochen, der letztere erlitt schwere Verletzungen, daß er auf dem Transport ins Krankenhaus starb.

Verantwortlicher Redakteur: Franz Höcker - Redaktion und Expedition: Am Grunpstraße 7. - Verlag der „Volkswacht“, G. m. b. H. - Druck von E. Schöber, G. m. b. H. - Postfach in Breslau. - Nr. 24. 1912.

Genossen und Gewerkschafter!

Bevorzugt die Geschäfte, welche ihr Waren in der „Volkswacht“ oder ihrem Bezugsquellenverzeichnis anzeigeln.

Breslauer Nachrichten.

Breslau, den 24. Januar.

Stadtverordneten-Versammlung.

Mit einem etatsrechtlichen Rückblick auf den Haushalt der Stadt Breslau, dem Stadtverordneter Dettinger eine Anzahl Wünsche beigefügt, setzte die gestrige Sitzung ein. Er beklagte es, daß die Höhe der Nachbetrachtungen für den Etat oft das Doppelte dessen betrage, was bei der Festsetzung abgestrichen worden ist, und daß auch das Extraordinarium meist das Vielfache dessen verschlinge, was am Beginn des Jahres für außerordentliche Ausgaben festgesetzt sei. Da der 40 Millionen Mark im Werte zählende städtische Grundbesitz nur 219.000 Mark Ertrag gebracht habe, sich also nur mit 1/2 Prozent verzinsse, warnte Redner vor der Fortführung der bisherigen Grundstückspolitik. Seine Berechnung ist offenbar deshalb schief, weil er das Rathaus und alle öffentlichen Gebäude mit als „Grundbesitz“ angesehen, ihren Nutzungswert aber nicht mit berechnet hat. Er warf der Verwaltung der Betriebswerke Nachlässigkeit vor, weil sie noch immer nicht mit dem Verwaltungsbericht für 1911 fertig sei, und wünschte dauernde Berichterstattung über die Verwendung der dem Kunsthofbesitz zugehörigen Gelder. Um das starke Schwanken der Steuern zu vermeiden, machte er den Vorschlag, ein Ausgleichsfonds zwischen fetten und mageren Jahren. Merkwürdigerweise kommen aber diese Vorschläge immer in den — mageren Jahren, nicht in den fetten, also immer dann, wenn nichts zum Ausbessern da ist.

Für die Tagung der Ortskrankenkassen in Breslau soll eine Summe von 1500 Mark für sachliche Ausgaben aus der Stadtkasse zugesprochen werden. Da in nächsten Jahre die Zahl der Kongresse sehr groß sein und eine unterschiedslose Subventionierung derselben nicht möglich sein wird, empfahl Herr Jeron Ausschussberatung. Ueber die Frage der Unterstützung überhaupt entspann sich eine kurze Kontroverse; die Genossen Löbe und Zimmert hoben hervor, daß es sich hier nicht um Bewirtung in irgend einer Form handelt, sondern nur um sachliche Ausgaben für den Kongreß. Die Kassen würden auch dafür um Genehmigung des Zuschusses nicht nachgesucht haben, wenn es ihnen nicht gesetzlich untersagt wäre, die eigenen Mittel dazu zu verwenden. Die prinzipielle Frage soll im Ausschuss VIII geprüft werden, wo hauptsächlich die Vorlage verwiesen wurde. Dagegen ist an sich nichts einzuwenden, wenn es sich auch merkwürdig genug trifft, daß der erstmalige Widerstand aus bürgerlichem Lager sich gerade gegen einen Kongreß mit hochwichtigen Aufgaben, einen Kongreß ohne Festlichkeiten und einen Kongreß der Minderbemittelten richtet.

Um die Abänderung der Luftbarkeitssteuer wurde ein heifer Kampf ausgefochten. Wenn auch das Stino mit seinen gegenwärtigen Verbuchersfilmen nirgends einen Verteidiger fand, so ärgerten doch der Referent, Herr Dettinger, die Stadtverordneten Wolff und Löbe Bedenken gegen eine so erhebliche Erhöhung der Steuer, die 100 bis 150 Prozent beträgt. Sogar das Zentrum war gespalten; Herr Herschel votierte für, Herr Jeron gegen diese Erhöhung. Genosse Löbe verlangte vor allem, daß man durch diese indirekte Steuer nicht den Existenzkampf des guten, belehrenden Lichtbildtheaters gegen die bildnerische Schundliteratur erschweren dürfe, während Herr Burjakowski bekannte, daß er mit der Steuer eine Anzahl Kinos erschaffen wollte. In der ganzen Debatte kam nur Genosse Löbe auf die Eingabe der Saalbesitzer und die Interessen der kleinen Vereine zu sprechen, und hatte das Vergnügen, zu sehen, daß auch Herr Jeron sich zu der Anschauung durchgerungen hat, daß die Erhebung der Kartensteuer bei

20 Pf. Eintritt eine Härte ist. Hoffentlich gelingt es, sie im Ausschuss zu beseitigen.

Der Antrag des Magistrats, eine zweite Stadtschulratsstelle zu schaffen, fand weder bei den Freisinnigen, noch bei den Konservativen viel Gegenliebe; die sozialdemokratische Fraktion wird ihre Stellung erst von den weiteren Aufklärungen zu dieser Sache abhängig machen. Als aber Herr Herschel dunkle Andeutungen über die „Moral“ in unseren Volksschulen machte, was wohl gegen gewisse Fortschritte gemünzt war, klopfte ihm Stadtverordneter Wiener auf die Finger. Mit Recht — die Volksschulen sind doch keine Klosterschulen. Hierauf unterstellten sich die bürgerlichen Stadtväter recht lange und recht intensiv über eine Teilung der Volksschulklasse auf dem Johannesgymnasium, die per Dringlichkeitsantrag aus der Wüste geschossen werden sollte. Die Sache ging aber an den Ausschuss.

Zum Schluß waren noch einige Wahlen vorzunehmen. Bei der Besetzung einer Stelle im Ausschuss I übten die meisten Mitglieder der Rechtsparteien Obstruktion. Von 74 abgegebenen Stimmen erhielt Genosse Löbe 54, Stadtverordneter Melde 2, Uhr 1, Koschick 1, 16 Zettel waren weiß. In den Staatsauschuss wurden neben 18 anderen Mitgliedern die Genossen Löbe, Neukirch und Wiener gewählt.

Die Erhöhung der Kinossteuer.

Der Magistrat beantragt, die Luftbarkeitssteuerordnung dahin abzuändern, daß die Kartensteuer besonders die Kinos stärker belastet; auch die Pauschalsteuer soll erhöht werden.

Der Berichterstatter Stadtv. Dettinger (lib.) glaubt nicht, daß die vorgeschlagene Erhöhung die angemessene Mehrerhöhung ergeben werde. Unberührt kann jedenfalls dem Magistrateantrag nicht zugestimmt werden; es ist eine nähere Beratung erforderlich. Redner beantragt, die Vorlage dem Staatsauschuss zu überweisen.

Stadtv. Wohlfahrt (lib.) beantragt die Steuerfreiheit bei zu geringem Einkommen aus den Kinovorstellungen. Der Magistrat müsse auch die Freiheit haben, manche nützliche Kinovorstellungen ganz von der Steuer zu befreien.

Stadtv. Wolff (lib.): Ich gehe noch weiter, als Kollege Wohlfahrt und wünsche, der Magistrat möge dafür sorgen, daß gute Vorstellungen von den Kindern bei ermäßigten Preisen besucht werden können. Die Steuer ist nach dem Antrage des Magistrats so hoch, daß sie als Erdrückungssteuer anzusehen ist.

Stadtv. Löbe (Soz.): Nicht nur der Wunsch nach 50.000 Mark Steuern, sondern auch eine gewisse Anstaltigkeit gegen das Lichtbildtheater scheinen die Geburtsheifer dieser Vorlage gewesen zu sein. Wir dürfen aber die Steuer nicht nur von dem heutigen Stande des Lichtbildtheaters abhängig machen — der Verbuchersfilm verdient allerdings keine Schonung —, sondern müssen beachten, daß eine Bewegung im Gange ist, die darauf hinarbeitet, den ästhetischen, pädagogischen, hygienischen, zoologischen und geographischen Inhalt zu fördern und wirtlichen Humor an Stelle der rohen Pöbel zu setzen. Im Vincenzhaus wird sogar der eucharistische Kongreß im Kleinen gezeigt. Dem Ständerbund wird sich der mit Verbuchersfilmen arbeitende Schundfilm besser gewachsen zeigen als das erstklassige gute Lichtbildtheater. Ein anderer Punkt der Vorlage trifft alle Luftbarkeiten, nicht nur die Kinos. Das ist die Erhebung der Pauschalsteuer dort, wo die Kartensteuer ihr Söb nicht erreicht. Hier werden die intimen Festlichkeiten kleiner Vereine den geräuschvollen großen Festen geopfert, was kaum wünschenswert ist. Da im Anschluß an diese Vorlage die Saalbesitzer uns auch teilweise ganz berechtigte Wünsche auf Verlegung der Zeltplätze für die Luftbarkeitssteuer und ferner Wünsche für eine andere Erhebungsart mitzubringen haben, ist die Beratung im Ausschuss sehr erwünscht.

Oberbürgermeister Matting: Wir haben erwartet, daß die Vorlage einem Ausschuss überwiesen wird, weil man gewiß noch eine bessere Fassung mancher Vorchrift finden kann. Ich stimme einigen Vorschlägen des Berichterstatters zu. Vielleicht kommt auch aus dem Ausschuss noch eine höhere Steuererhöhung heraus. (Selbstkritik.) Was Herr Löbe vom Stino erwartete, liegt sicherlich noch lange in der Zukunft; ich gebe aber zu, daß auch schon gegenwärtig die besseren Filme sich auszeichnen müssen.

Stadtv. Herschel (Her.): Das Stino kann ein gutes Bildungsmittel sein. Die große Masse der heutigen Kinos wird aber dazu nicht zu bringen sein, auch nicht zur Wiedergabe des

selben Stinos. Wir haben das Theater mit einer Steuer belastet, dessen größter Feind das Stino ist; darum ist die höhere Kinossteuer durchaus gerechtfertigt, bitte aber um Ausschussberatung.

Stadtv. Jeron (Her.): Ohne weiteres kann ich mich auch nicht für die Magistratsvorlage aussprechen weil sie zu weit geht. Ich möchte aber besonders wünschen, daß der § 6 der Luftbarkeitssteuer so geändert wird, daß eine Ermäßigung der Steuer bei Konzerten usw. eintritt. Die billigen Volkskonzerte leiden jetzt durch die hohe Steuer ganz empfindlich, was aber nicht wünschenswert ist.

Stadtv. Löbe (Soz.): Es freut mich sehr, daß sich Herr Jeron in der Frage der Luftbarkeitssteuer von der Richtigkeit unserer Haltung überzeugt hat, denn wir haben damals gegen die niedrige Steuererhöhung gehandelt. Herr Herschel will dem städtischen geleiteten Theater zuliebe: Stentorpe erschaffen, wie er sich das mit dem Stino des Mittellandes, der vor acht Tagen bei der Selterwasserfrage proklamiert wurde? Zur Unterbindung der schlechten Kinos gehört das gesetzliche Verbot des Ständebühnen und die Verhinderung der infamistischen Verbuchersfilme, die allerdings ihre Zensoren nicht aus Kreisen der Wachmeister und Kommissare, sondern aus erfahrenen Pädagogen rekrutieren müssen.

Stadtv. Burjakowski (Konf.) wendet sich gegen den letzten Teil der Löbischen Ausführungen. Sehr viele Kinos verdienen eine Erdrückungssteuer, denn sie bieten in kleinen Räumen mit ungebildeten Leitern schlechte Genüsse. Die Kinos, wie sie heute bestehen, bringen meistens erschreckend wenig Gutes und fast nur Schädliches. Ich bitte Sie, von den hohen Sägen nicht juristisch zu gehen, selbst wenn viel Stinos mit einem Schlag eingehen sollten. Es handelt sich in diesem Falle nicht um schuldbedürftige Existenzen.

In keinem Schlußwort beruht der Berichterstatter Stadtv. Dettinger: Wir beklagen die Stinos nicht, um sie zu erschaffen, sondern um Einnahmen zu erreichen. Die Vorlage wird dem Staatsauschuss überwiesen.

Ein zweiter Stadtschulrat

soll nach einem Antrage des Magistrats angelehnt werden. Stadtv. Feige (lib.) als Berichterstatter äußert Bedenken gegen die Vorlage und beantragt Ausschussberatung. Es sei zu prüfen, ob wirklich ein zweiter Schulrat nötig sei, oder ob man nicht mit der Schaffung einer neuen Schulinspektorenstellen auskommen könne.

Stadtv. Herschel (Zentr.) schließt sich dem an. Was der Magistrat zur Begründung seiner Vorlage angeführt, erscheint zwar plausibel; denn seit 1862 habe sich die Geschäfte des Schulrats enorm gesteigert, doch müßte man bedenken, ob eine Vermehrung des Magistrats erwünscht ist. Dem neuen Schulrat sollen das Fortbildungsschulwesen und die Volkshilfsbibliothek unterstellt werden, und dafür erhebe das Gehalt zu hoch. Im Volksschulwesen sei eine große Umwälzung eingetreten; es werde zu viel ererementiert.

Oberbürgermeister Matting: Die Angelegenheit ist vom Magistrat ernstlich geprüft worden. Die Frage nach Vermehrung der Magistratsmitglieder steht fast in allen großen Städten auf der Tagesordnung. Wenn eine Lösung möglich wäre, ohne den Magistrat zu vergrößern, würde das wohl sehr erfreulich sein; aber alle Magistratsmitglieder sind überzeugt, daß mit der bloßen Anstellung eines weiteren Beamten die Uebelstände nicht behoben werden können. Wir brauchen einen Mann mit voller Verantwortung und voller Autorität. In der Bauverwaltung haben wir eine Teilung der Stellen, und die Verwaltung wird nicht darunter. (Jurist: Na, na!) So wird auch die Anstellung eines neuen Schulrates nicht Mängel beseitigen, sondern einen neuen Anstoß für die Entwicklung geben. Notwendig ist eine Person, die sich ausschließlich mit dem Report beschäftigt. Es sollen wertvolle Bauarbeiten ausgeführt werden, und da ist es von höchster Bedeutung, wenn ein Gegenstand des Programms herabgerückt und mit peinlichster Sachkenntnis vertritt. Wir brauchen nicht fürchten, daß mit der Anstellung die Geschlossenheit des Magistrats beeinträchtigt werden könne.

Stadtv. Wohlfahrt (lib.): Ich bin nicht in der Lage, dem Wunsche des Magistrats zuzustimmen. Auch im Ausschuss hat er nur geringe Aussicht auf eine Mehrheit. In Verlaß darf man sich durch Anstellung von Professoren, was der Magistrat nicht zu vergrößern. Es liegt uns daran, nur einen Schulrat zu haben, denn dieser ist in der Lage, die verschiedenen Interessen im Schulwesen auszugleichen. Der Schulrat muß von Spezialarbeit entlastet werden, indem ihm überall durch technische Hilfsarbeiter vorgearbeitet wird.

Stadtv. Neich (lib.): Wer gesehen hat, wie rasch sich unter Schulrat in das Fortbildungsschulwesen eingearbeitet hat, wird wissen, daß ihm seine Arbeit Freude macht und er auch nicht einen Teil davon aufgeben möchte. Aber selbst wenn er das Fortbildungsschulwesen abgibt, bleibt sein Wirkungsbereich noch so groß, daß eine stattliche garnitur ausreicht, ihn zu be-

Einführung zu Rossini „Barbier von Sevilla“.

Der „Barbier von Sevilla“ und „Wilhelm Tell“ bilden für das deutsche Theaterpublikum den gesamten Rossini. Diese zwei lebendigsten und genialsten Opern des Italiener sind die einzigen Goldminen aus seiner reichen Schatzkammer, die heute noch zufließen und ihren vollen Wert behalten haben. Die eine bedeutet sein Bestes im Komischen, die andere sein Höchstes im ernsten Stil. Der „Barbier“ ist in seiner Art noch origineller, einheitlicher, vollendeter. Er lebt in Deutschland in unbekannter Jugend fort, obwohl ihm auf deutschem Boden die Gesangsrituistik und, was hier teilweise ersehen könnte, das hinreichende südländische Temperament fehlt. Italien wiederum kann sich nur an den „Barbier“ halten; „Wilhelm Tell“ ist im Vaterlande Rossinis niemals heimisch geworden und hatte stets gegen den italienischen Geschmack und die mangelhafte Schulung der Chöre zu kämpfen. Man hat wohl heute kaum mehr eine Vorstellung von der Wirkung, die seine „Italienerin in Algier“, „Tancredi“, „Moses in Ägypten“, die von entzückenden Melodien vollgeproppte Oper „Semiramide“ einst hervorgerufen hat und vielleicht noch jetzt durch ein gutes Opernensemble italienischer Herkunft hervorgerufen könnte. Die Artot und die Patti, die demüthigt ihren 70. Geburtstag feiern wird, sind die letzten Käufer einer glänzenden Gesangsperiode. Seitdem alles auf einen Ruin der Gesangskunst hinarbeitet, ist jede Hoffnung auf eine Wiederkehr solcher Genüsse geschwunden. In Deutschland hat Rossinis Einfluß seit Wagner's Auftreten aufgehört, in Italien seit Verdis „Aida“.

Rossini ist 1792 zu Pesaro geboren. Sein Vater war Waldhornbläser; seine Mutter sang; er wuchs daher in einer musikalischen Umgebung auf und trat schon mit 15 Jahren in das Orchester von Mantua in Bologna als Kompositionsschüler ein. 1810 kam seine erste Oper heraus, 1813 erzielte er mit „Tancredi“ einen solchen Erfolg, daß sich sein Ruf über ganz Italien verbreitete. Als nun 1816 der „Barbier von Sevilla“ in Rom zur Aufführung kommen sollte, traten so viele unglückliche Zufälle ein, daß ein Durchfall zustande kommen mußte. Abgesehen davon, daß der Rival Rossinis, Paisiello, der ebenfalls eine Oper unter diesem Titel geschrieben hatte, sich ebenfalls verlor, um ein Glas zu erzielen, passierten am Abend der Aufführung allerhand Unglücksfälle, wie sie auf

jeder Bühne vorkommen können, die aber die spottlustigen und standalltlichen Italiener zu Demonstrationen gegen den jungen Komponisten reizten. Der Tenorist bekam zufällig eine verstimmt Guitare, auf der er sich selbst begleiten wollte; bei dem Versuch, sie zu stimmen, riß eine Saite. Die Melodi, welche der Sänger anstimmte, rührte nicht von Rossini her, sondern war spanischer Ursprungs, und von dem aus Spanien stammenden Künstler eingelegt, um das Lokaltalent (Sevilla) zu wahren. Die Italiener empfanden das als eine Beleidigung und höhnten den Sänger aus. Als nachher Figaro mit derselben Guitare auftrat, entstand eine stürmische Heiterkeit und ein Lärm, so daß die Arie kein Gehör fand. Der Standaal erreichte nach einigen weiteren unglücklichen Zufällen seinen Höhepunkt, als eine Kiste ratlos auf der Bühne hin und her lief. Der zweite Akt verlief unter einem Höllenlärm der Zuschauer. Die hier zu Tage liegenden Schwächen dieser Oper konnten aber einem so kunstverständigen Publikum nicht verborgen bleiben, und so erlangte der „Barbier“ am nächsten Abend, zumel Rossini alles Mögliche ausgemerzt hatte, einen so kümmerlichen Erfolg, daß man Rossini, der vorhin schon zu Hause geblieben war, einen Fackelzug vor seiner Wohnung machte.

Der Inhalt der Oper ist ungefähr folgender: Der alte Doktor Bartolo beabsichtigt, sein Mündel Rossini als Katin heimzuführen, teils um sich ihre Mittheilung zu sichern, teils um eine junge, hübsche Frau zu besitzen. Rossini liebt aber den eleganten Grafen Almaviva, den sie unter dem Namen Lindoro kennen gelernt hat. Dieser kann ihr nur von ferne seine Aufmerksamkeiten darbringen und höchstens durch den Barbier Figaro ein Briefchen an sie bestellen lassen, da der Vormund sehr mißtrauisch und dumm ist. Durch die List des gewandten Barbiers gelingt es dem Grafen, als Soldat, mit einem Einquartierungszettel versehen, in des Aien Haus zu gelangen. Der Versuch schlägt fehl, da der Doktor von jeder Einquartierung dreist ist. Figaro erfindet eine neue Verkleidung und rät dem Grafen, als Stellvertreter der Musiklehrer des schönen Rossini Einlaß zu begehren. Dieser Versuch gelangt, doch benehmen sich die Liebenden so unvorsichtig, daß Bartolo den Aufschlag merkt. Er, er weiß seinem Mündel einzureden, daß Lindoro, den er selbst nicht kennt, nur der Vermitler des Grafen sei, der sie verführen wolle. Nun willigt die gekränkte Schwärmerin in die Hochzeit mit dem Vormund ein und zieht ein für, um die letzten Vorbereitungen zur Hochzeit zu treffen. In der Zwischenzeit steigt bei Rossini Figaro, der in den Balkonschloß zu verhaften wurde, mit dem Grafen in das

Doktors Wohnung, der Graf läßt sich erkennen und als Bassilo, der eigentliche Musiklehrer Rossinis, mit dem Aien erscheint, tritt der Graf an die Stelle des noch abwesenden Bartolos und beide unterzeichnen den Ehevertrag, Bassilo als Jüngling, Bartolo, der zu spät auf dem Plan erscheint, muß sich fügen.

Das Zerstück ist nach dem gleichnamigen Lustspiel des französischen Schriftstellers Beaumarchais bearbeitet, der auch die als Fortsetzung des „Barbiers“ anzusehende Oper „Die Hochzeit des Figaro“ durch seine komische gleichen Namens inspiriert hat. Die Besucher der am Sonntag stattfindenden Vorstellung seien hierdurch ausdrücklich darauf hingewiesen, daß sie durch Erwerb des in Reclams Unterabteilung erschienenen Textbuches Nr. 2937 (Preis 20 Pfennig) eine Menge wertvoller Materialien über diese Oper lesen können und außer dem in den anderen Büchern befindlichen Text zu den Gesängen auch den (angefprochenen) Dialog darin finden, sowie das genaue Szenarium.

Als wohl einzig dastehendes Kuriosum sei erwähnt, daß Rossini seit seinem Erfolge des „Tell“ (1829) 38 Jahre lang, ohne die Feder anzurühren, lediglich das berühmte „Stabat mater“, eine kirchliche Komposition, in aus dieser Periode zu verzeichnen.

Aus aller Welt.

Die fideles Studenten und die wilden Richter. Die Aufsehens der alten Univeritätsstadt Göttingen haben sich nie durch besondere Saftmütigkeit ausgezeichnet. In der letzten Zeit scheint der harmlose Studentenrat etwas in den Hintergrund getreten und durch „Scherz“ ersetzt worden zu sein, die den betreffenden die Bekanntheit mit den Gerichten verschaffen. In der letzten Sitzung des Schöffengerichts erschienen nach einander nicht weniger als fünf Studenten als Angeklagte. Der erste hatte in einem Streit mit einem Polizisten diesem einfach seinen Hund auf den Kopf gegeben und sich seiner Wechslung dadurch zu entziehen versucht, daß er sich auf den Erdboden warf. Urteil: 80 Mark Geldstrafe. Ein zweiter Angeklagter hatte nach amerikanischem Muster eine Latrine einfach durch einen Gefäß gebrach, daß er mit einem Fabelwesen davon wegging. Wegen Ungehorsamigkeit erhielt er 20 Mark Geldstrafe.

überden. Wir dürfen nicht zusehen, wie unsere Magistratsmitglieder sich überarbeiten (Gesichter bei den Anwesenden und Klatschen), sondern müssen ihnen Mitarbeiter geben. Im vorliegenden Falle dürfte es doch besser sein, einen weiteren Schritt anzustellen.

Oberbürgermeister Matting: Der Magistrat läßt sich bei der Vorlage nur von sachlichen Gründen leiten. Die Schöpfung der Arbeitskraft des Stadtkonrats steht ganz in Einklang. Es genügt eben nicht, dem Schöferrat mehr Mitglieder zur Verfügung zu stellen, so daß er zu allem nur den letzten Schritt zu geben braucht. Das ist ein solcher Standpunkt. Es gilt hier im Gegenteil, Initiativen zu entwickeln, und das kann nur ein Mann, der sein Ressort vollkommen beherrscht. Ein neuer Inspektor wäre auch nicht unannehmlich so wertvoll. Wenn die Vorlage ablehnen, so glaube ich, daß sie wiederkommen wird.

Stadtk. Hamburger (16.): Herr Stadtkonrat, habe ich mich auf dem Gebiete der Fortbildungsschulen mit aller Eile befaßt und dieses reformiert. Jetzt handelt es sich nur noch um eine Erweiterung des wesentlichen Fortbildungsaufwands, und ich glaube, er wird auch hier die gleiche Initiative entfalten. Das Beste ist, wenn alle Fäden in einer Hand bleiben. Der Berliner Magistrat bezieht aus 35, der Breslauer aus 30 Mitgliedern. Für Breslau ist das genug. Wir müssen, wie in Berlin, mehr Messoren anstellen.

Oberbürgermeister Matting: Damit nicht etwa ein Mißverständnis aufkommt, möchte ich nur noch erklären, daß die Vorlage keineswegs etwa einem Mißtrauen gegen Herrn Stadtkonrat Gads entspringt, dessen umfangreiche Tätigkeit man bewundern muß. Die Vorlage ist eben so groß geworden, daß ein Mann sie nicht mehr bewältigen kann.

Stadtk. Wiener (20.): Wenn auch anzuerkennen ist, daß in der letzten Zeit auf dem Gebiete des Volksschulwesens mehr geistet worden ist, als früher, so bleibt doch immer noch mehr zu leisten übrig. Ich kann deshalb nicht verstehen, wieso Herr Gadsel dazu kommt, von einer herrschenden Minderzahl zu sprechen. Wir haben diese Ausführungen in laudablem Sinne aufzufassen, und Herr Gadsel soll nur sagen, wie er das gemeint hat. Wir dürfen uns beim Schulwesen nicht von kleinen finanziellen Rückschlägen leiten lassen. Von unserem Volks- und Fortbildungsschulwesen hängt das Wohl der ganzen Bevölkerung ab. Hier darf zu allererst gepart werden. Die Vorlage wird dem Ausschuss überwiesen.

Die Stadthauptkasse schließt für 1911 mit einem Ueberschuß von 2.267.926 Mark ab. Stadtk. Dettinger (16.) als Ausschubberichterstatter warnt vor den fortgesetzten Ueberschreitungen des Ausgabennetzes. Eine unvorhergesehene Einnahmeveränderung könne unter Umständen bewirken, daß die Steuern doppelt von 173 auf 200 Prozent hinaufgerückt werden müßten. Empfehlenswert sei die Bildung eines Steuer-Ausgleichsfonds, dem man die Ueberschüsse aller Jahre zuführen könne, um in schlechten Jahren daraus zu zehren.

Ein Vermögensantrag forderte die Rettung von Schulräumen im Hause Lehndamm 26 für die katholische Mädchenschule. Der Berichterstatter U. H. rezie dabei an der Errichtung eines eigenen Gebäudes für diese Schule in derselben Gegend näher zu treten. Die Vorlage wurde genehmigt.

Die Sicherung in der Ober wurde zum Gegenstand der Anglergenossenschaft für 4025 Mark, zum sonstigen Fischen an Fischereimeister Casper für 520 Mark jährlich auf neun Jahre verpachtet.

Der Bau eines Kanals auf der Nordseite der Verbindungsbahn von der Tisch- bis zur Köpchenstraße, und der Köpchenstraße und Gartenstraße für 110.000 Mark und in der Groß-Rohrdorferstraße für 1200 Mark wurde genehmigt.

Schluß der öffentlichen Sitzung 7 1/2 Uhr. — Es folgte eine geheime Sitzung.

Krieg und Wirtschaftsleben.

Daß heute ein Krieg geradezu verheerend auf das Erwerbs- und Wirtschaftsleben wirken muß und zahllose Unternehmer Arbeiter und Angestellte zugrunde richtet, haben wir oft genug mit aller Schärfe hervorgehoben. Wie recht wir damit haben, beweist auch der Jahresbericht der Breslauer Handelskammer, der letzten erschienen ist. Er beweist in erster Reihe auf die durch die Balkanwirren geschaffene unsichere politische Lage, von der das Erwerbsleben Deutschlands

noch schwerer betroffen wurde als die Gefahr des Uebergreifens des Balkankrieges auf andere Länder in nächster Nähe gerückt erschien.

Die Einwirkung äußerer Ereignisse machte sich hauptsächlich auf dem Geldmarkt bemerkbar. Im Jahresbericht heißt es darüber:

„Vor allem wurde der Geldmarkt durch die geradezu in Panik ersinkende Kurgellichkeit weiterer Kreise des Publikums eingezogen, deren Urtreits- und Verhandlungslosigkeit gegenüber den wirtschaftlichen Vorgängen zum Teil in erschreckender Weise zutage trat. Ein Anzeichen der Zinsfalle war die unabweisliche Folge: der Reichsbankdiskont stieg bis auf 6 Proz. und stand im Jahresdurchschnitt um 0,55 Proz. über dem des Vorjahres, erreichte also eine Höhe, die seit der Postkonjunkturperiode im Jahre 1908 nicht mehr zu verzeichnen gewesen ist.“

Das Jahr brachte der Börse und dem Bankgewerbe viel Unruhe. Die guten Berichte aus der Industrie belebten zwar zu Beginn des Jahres die Börse; als jedoch im Februar von Seiten der Reichsbank die Mahnung an die Banken erging, mit Gewährung von Krediten vorzichtig, und auf Steigerung der Liquidität bedacht zu sein, begann für die Börse eine schwere Zeit. Trotzdem entwickelte sich das Börsengeschäft zunächst angesichts der glänzenden Geschäftsberichte, besonders aus der Montan- und Schiffahrtsindustrie, ziemlich lebhaft; namentlich im dritten Quartal wies die Börse eine bedeutende Belebung des Geschäftes bei hohen Kursen auf, bis die am 1. Oktober erfolgte Kriegserklärung der Balkanstaaten an die Türkei der Kaufes im Jahres Ende bereitete. Die Hoffnung, den Kriegserfolg zu beschleunigen, ließ vorübergehend eine Besserung aufkommen, aber die immer wiederkehrende Furcht, daß der europäische Friede doch nicht würde aufrechterhalten werden können, brachte stets neue Erschütterungen und Kursrückgänge in Folge von freiwilligen und gewalttätigen Engagementslösungen.

Zu dem kam, daß das Privatpublikum den Sparlassen und Banken große Verträge entzog, die zu Hause oder in Cafés niedergelegt wurden. Die Geldinstitute, welche weitere Devolutionsziehungen befürchteten, und für alle Fälle gerüstet sein wollten, schränkten die Börsentreibende weitestgehend ein und veranlaßten dadurch immer weitere Kursrückfälle. Verärtert wurde die Abwärtsbewegung schließlich noch durch die Zukunftsprognosen mehrerer älterer sächsischer Provinzbanken. Die Folge aller dieser Verhältnisse war eine starke Verengung des Geldmarktes, die eine zweimalige Erhöhung des Reichsbankdiskonts auf 5 und 6 Proz. verurteilte.

Wenn auch der hiesige Platz bei seiner soliden Veranlagung von den großen Kursrückgängen nicht so stark in Mitleidenschaft gezogen worden ist, so zeigten doch die Kurse der meisten Dividendenpapiere Ermäßigungen von 10 bis 20 Proz. Den jährlichen Ertragsleistungen unterlagen Zuckerrationen. In finanzieller Verfassung befinden sich während des ganzen Jahres die Aktien des Bau- und Terraiamarktes. Infolge der den Grundbesitz belastenden Gezeigung einerseits, der Erhöhung des Kredits und der Hypothekendarlehen andererseits waren die Terraiengesellschaften außerstande, ihre Terrains zu einigermassen annehmlichen Preisen zu verkaufen. Die Folge davon war, daß die Aktien dieser Gesellschaften keine Interessenten fanden und nur mit großen Opfern verkauft werden konnten; die Kurse gingen um 20 bis 40 Proz. zurück.

Daß auch die festverzinslichen Werte prozentweise Rückgänge erfahren mußten, ist erklärlich. Der Kursstand erreichte namentlich im vierten Quartal einen Tiefstand, wie er seit Jahrzehnten nicht zu verzeichnen gewesen ist. 3 1/2 prozentige Staatsanleihen, die am Ende des Jahres 1911 zirka 92 Proz. notierten, sind bis 87 Proz. gesunken; 4 prozentige landwirtschaftliche Pfandbriefe notierten zwischen 95 1/2 Proz. und 97 Proz. Für Geld von ultimo Dezember bis ultimo Januar wurde ein Zinssatz von 9 Proz. bezahlt, für Geld über den ultimo des Jahres auf kurze Termine ein noch höherer. Erst in der zweiten Hälfte des letzten Monats, als die politische Lage sich soweit geklärt hatte, daß die Befürchtung eines europäischen Krieges in den Hintergrund trat, und als man überzeugt war, daß die Reichsbank eine weitere Erhöhung ihres Diskonts über 6 Proz. hinaus unterlassen würde, erholten sich die Kurse sowohl der festverzinslichen Papiere, als auch der Industriekationen wieder um ein Geringes.“

Eine Woche Gefängnis

verhängte das Breslauer Schöffengericht am Donnerstag über den Redakteur Genossen Paul Münch aus Berlin wegen Befeldigung des stellvertretenden Weyers in Breslau. Am 12. September 1912 brachte „Der Ostwestfälische“, das Organ der freitragenden Arbeiter, einen Bericht über eine Gewerdegewaltigkeits-Verhandlung in Breslau. Die Nummer war dem Angeklagten

verantwortlich gezeichnet. Der Verhandlungsbericht enthielt die Angabe, daß Weyer während des Breslauer Gewerkefestes im Cafe Geyer auf der Gartenstraße als Arbeitswilliger tätig war. Da er sich zu Unrecht entlassen glaubte, fragte er gegen Geyer auf eine vierzehntägige Entschädigung. Damit sei der Kläger abgewiesen worden. In der Verhandlung, so heißt es weiter im Bericht, sei festgestellt worden, daß Weyer seine mitarbeitenden Kollegen verschiedentlich dadurch schädigte, daß er an der Registrierkasse auf deren Nummern „tippte“, und die Unregelmäßigkeiten erst immer ins gleiche brachte, wenn am anderen Tage der Kassierregisterkarten eine genaue Uebersicht ermittelte. Im übrigen war am Ende des Berichtes der Ausspruch eines Vordemere Richters wiedergegeben, der das vornehmliche Ziel der Arbeitswilligen scharf verurteilte. Und dafür soll Mühsal auf eine Woche ins Gefängnis! In der schöffengerichtlichen Verhandlung bekundeten Zeugen unter ihrem Eide die geschilderten Unregelmäßigkeiten des stellvertretenden Weyers. Vom Vorstehenden festlich angefahren, mußte der Kläger selbst einräumen, daß er wiederholt unrichtig und zum Nachteil anderer Kollegen getippt hat. In der Urteilsbegründung brachte der Vorstehende, Amtsrichter Stein, zum Ausdruck, eine Geldstrafe werde den Angeklagten doch nicht, und deshalb sei eine Gefängnisstrafe als wirksamer angesehen worden. Der fragliche Bericht enthalte zwar keine verleumdenden Behauptungen, er sei aber als läßliche Nachrede anzusehen. Herr Stein ist derselbe Richter, der einmal verkündete, der Ton in sozialdemokratischen Blättern sei so verlegend, daß man es einem sozialdemokratischen nicht so hoch anrechnen dürfe, wenn er sich des gleichen Tones gegenüber einem sozialdemokratischen Befehlshaber. Selbstverständlich wird Münch Verurteilung einlegen.

Der „rote“ Eisenbahner,

der anlässlich des ersten Breslauer Gewerkefestes am 11. Juli 1912 so schmidig und schneidig auf dem Festwagen der Transportarbeiter stand und liberal lebhaft begrüßt wurde, beschaffte am Donnerstag zum zweiten Male die hiesige vierte Strafkammer. Der Arbeiter Johann Richter war der Uebelthäter, der es gewagt hatte, einen sozialdemokratischen Beamten „Deamten“ darzustellen. Bekanntlich hat der Festwagen die ganze Stadt passiert, ohne daß jemand den echten Beamten in Richter erkannte. Nur einem Polizeikommissar in Büppelwitz blieb es vorbehalten, diese willkürliche Entbedung zu machen und den Namen des „Deamten“ festzustellen, der in der Folge ein Strafmandat wegen unbefugten Tragens einer Uniform zugestellt erhielt. Das Schöffengericht gelangte zu der Auffassung, der Angeklagte habe in den Zuschauern die Meinung erwecken wollen, er sei ein echter preußischer Eisenbahnbeamter (das Juristische ist gar nicht auszubedenken. Die Red.), weshalb der Strafbefehl in Höhe von 15 Mark bestätigt wurde. Vergeblich wies am Donnerstag Herr Rechtsanwalt Bandmann vor der vierten Strafkammer als Berufungsinstant nach, daß die Uniform des Angeklagten nichts weiter als eine harmlose Maskierung darstellen sollte. Solche Maskierungen seien ja bei studentischen und anderen humoristischen Umzügen gar nicht Seltenes und kein Mensch hat sich bisher darüber entfesselt, sondern höchstens gelacht. Wie nicht anders zu erwarten stand, hielt die Kammer den Urteilspruch des Vorberichters voll und ganz aufrecht und verworf die vom Angeklagten eingelegte Berufung. Und nun behauptet noch einer, daß in Breslau nicht Ordnung herrscht.

Zur Jahrhundertfeier

wird uns geschrieben: Es besteht kein Zweifel, daß die groß angelegte und in ihren Vorbereitungen allen Berechnungen erheblich vorausgeeilte Breslauer Jubiläumsausstellung einen ganz außerordentlichen Fremdenzug aus aller Welt nach der köstlichen Hauptstadt locken wird. Diesen gewaltigen Strom so abzuleiten, daß keinerlei Hemmnissen und Störungen entstehen, ist ein Wohnungsausschuss eifrig bemüht. Es soll und wird dafür gesorgt werden, daß die Breslau besuchenden Fremden sofort bei ihrer Ankunft in der Halle des Hauptbahnhofes in einem Pavillon, dessen Zugang durch Klatsche und Hinweise deutlich kenntlich gemacht ist, jeden gewünschten Aufschluß über Wohnungen in Privathäusern, Hotels, über Bahnverbindungen in Breslau, Zugänge zur Ausstellung usw. erhalten können. Auf die frühere Aufforderung des Wohnungsausschusses haben sich zwar mehrere Hundert Personen gemeldet, die Zim-

straße. — Der Dritte in der Reihe erhielt ebenfalls 30 Mark Geldstrafe, weil er einem Schuhmann einen Fußtritt verabsolgt hatte. — Bei der nächsten Verurteilung hatte der dritte Angeklagte ebenfalls ein Konto mit einem Schuhmann. Als ihn der Schuhmann aufforderte, sich die Nummer des Beamten an und konstante dann: Er haben ja eine wunderbare Schnapsnummer. Dieses Urteil wurde vom Gericht auf zusammen 30 Mark festgesetzt. — Schließlich kam der Fünfte in der Saal. Er hatte einem Bekannten, der sich mit einem Polizeibeamten, zugerufen, er wolle sich doch nicht mit einem gewöhnlichen Polypen abgeben und, als sich der Schuhmann die Einwilligung verweigerte, eine gewöhnlich nur andeutungsweise zitierte Anforderung aus Goethes „Götz von Berlichingen“ an ihn gerichtet: Er kam mir ... Er erhielt für die Anwendung dieses Ausspruchs 30 Mark Geldstrafe.

Uns erscheinen die vorhängigen Strafen auffallend milde, zumal wenn man sich vor Augen hält, daß es sich nicht um die Söhne sehr vermöglicher Eltern handelt, für die die paar Mark Lappalien sind, und wenn man sich erinnert, daß Arbeiter in ähnlichen Fällen zu harten Gefängnisstrafen verurteilt wurden.

Ein hartes Urteil gegen einen Arbeiter. Zu nicht weniger als einem Monat Gefängnis verurteilte die Strafkammer zu Oldenburg den Transportarbeiter Deltjensbrunner. Im Verlaufe eines Streiks, der vor einigen Wochen bei der Firma Meentzen in Oldenburg stattfand, soll D. einen Arbeitwilligen mit den fremdsprachlichen Bezeichnungen „Spitzhunde“ und „Dunackeider“ beleidigt und gegenüber der Führung des betreffenden Streikbrechers eine verächtliche Drohung gebraucht haben. Wenn es sich um Streikbrechers Majestäts handelt, wird eine im Kampfe um Leib und Kind gefallene Krümmung eines Streikenden mit drakonischer Strafe bestraft.

Ein holländischer Diebstahl! Den verdienstlichen Bemühungen der deutschen und holländischen Kriminalpolizei gelang es, auf der Höhe Sianes in Carnap in der Provinz des dort befindlichen Wabachters Tumann einen seit langem von der holländischen Behörde gesuchten schweren Verbrecher zu verhaften. Er hatte in den verdienstlichen Wabachters in Deereklamp in Holland einen Hausmutter zu einer Witwe verführt und das Aussehen der Ermordeten in Brand gesetzt. Tumann, der unter dem Namen Mayer in der Arbeiterliste stand, ist bereits wegen schwerer Verbrechen mit 13 Jahren Zuchthaus verurteilt. Nach einer Verurteilung kehrte er nach Holland zurück und verübte dort den furchtbaren Hausmord. Seine Höhe ist noch mit Hinrichtung bedroht. Die holländische Justiz hat die Auslieferung Tumanns beantragt.

Der Uebelthäter im Flugzeug. Eine der Uebelthäter von Kassel (Hessland) hat sich einen Güterverleiher, der mit seinem Flugzeug auf dem Luftwege die auf dem holländischen Inseln anliegenden Dampfer mit Ware verladen. Alle vier Tage soll der Güter eine der Inseln besuchen.

Sein Flugzeug ist in der Lage, auf einer Fahrt bis zu hundert Kilo Tabak zu tragen.

Hochwasser im Ruhr- und Westergelbte. Im Ruhrgebiet herrscht erneut Hochwasser, das durch die Schneeschmelze im Sauerland gefährdenden Charakter annehmen dürfte. Einzelne Gegenden sind jetzt wiederum schwer bedroht. Auch sind größere Verkehrsstörungen in den Ruhrhäfen zu erwarten. Schneegestöber und Hochwasser herrschen auch in der Umgebung Kassel und im ganzen Bezirk des Oberweserflusses gedrückte Hochwasser gemeldet. Die Täler sind teilweise überflutet, ebenso sind die Wälder in einen förmlichen See verwandelt. Auf Wäldershöhe liegt bereits tiefer Schnee und ebenso auf den anderen Bergen in Pöffen, Waldede und im Sauerlande, sodas der Schneefort dort schon eingeseht hat.

Tod durch die elektrische Leitung. In den Aplerwerken in Frankfurt a. M. kam gestern vormittag der dreißigjährige Monieur Theobald Wald der elektrischen Leitung zu nahe und wurde auf der Stelle getötet.

Das Spitzenkleid der Kronprinzessin. Man schreibt der „Berl. Volksz.“:

Die Spitzenklöpperei im oberen Frankenthal ist weitbekannt. Kürzlich mußten die Nordhalbener und Geroldshheimer Heimarbeiterrinnen für eine Pariser Firma eine Bestellung ausführen. Die deutsche Kronprinzessin hatte in Paris eine Spitzenrobe bestellt. Die Pariser Firma aber ließ die Spitzen dazu von den oberfränkischen Heimarbeiterrinnen anfertigen. Die Arbeit wurde mäßig bezahlt. Dann wurde die Robe als — Pariser Erzeugnis, natürlich auch mit Pariser Preis, abgeliefert.

Auch ein Beitrag, wie man in den höchsten Kreisen die „nationale Arbeit“ fördert.

Eine Gefahr für die Schifffahrt ist das Brau des russischen Dampfers „Glagoga“, der am Eingange des Kolen Meeres wegen eines Brandes von der Mannschaft verlassen wurde. Die Uebelthäter von der Mannschaft der „Glagoga“ sind nach Fort Said am Bord des Dampfers „Melbourne“ von der Kompanie Maritimes Messageries weiter gereist. Das Feuer am Bord der „Glagoga“ brach in der Spitzabteilung des Schiffes aus und war infolge einer Formalinexplosion. Alle Rettungsversuche waren in wenigen Minuten ein Raub der Flammen, die sich mit unbegreiflicher Schnelligkeit über das ganze Schiff verbreiteten. Der Dampfer „Prima“ rettete 81 Mann von der Besatzung der „Glagoga“, der Kapitän und zehn Mann gingen in den Flammen zu Grunde.

Zwischen 23. Januar. (Werbung der Preis-Zentrale.) Der große englische Dampfer „Ulstermoore“ ist bei

Cosby gestrandet und fast vollkommen zertrümmert worden. Das Schiff wird samt der Ladung als vollkommen verloren angesehen. Die Rettung der Mannschaften und Passagiere konnte nur unter sehr schwierigen Umständen bewirkt werden.

22 Segeljachten durch Brandstiftung vernichtet. In der Nacht zu Donnerstag brannte die Winter-Lagehalle des Bootbauers Tiefmann in Heberlingen am Bodensee nebst allen darin befindlichen Segeljachten des Württembergischen Jacht-Clubs und der Abteilung Heberlingen des Badischen Jacht-Clubs nieder. Der Schaden an Segeljachten und Motorbooten beträgt 74.850 Mark, die Boote sind gegen Feuer Schaden an Land und im Winterlager nur zum kleinsten Teil versichert. Der Gesamtschaden beträgt etwa 80.000 Mark. Die Nacht über und bei Ausbruch des Feuers herrschte starker Sturm; trotzdem wäre es unmöglich gewesen, daß die schweren Teile der Boote, besonders die unter Wasser befindlichen, so vollständig verbrannt, wenn nicht eine raffinierte, planmäßige Brandstiftung vorliegen würde. Von 22 Booten, darunter sehr große Jachten, sind nur noch die Reste übrig, und auch diese nur teilweise, da die Hitze das Blei zum Schmelzen brachte.

Hieser-Mörder. Beim Abfluss kürzte Donnerstag vormittag gegen 10 Uhr zwischen Burg und Mabel der Mars-Doppeldecker „B 78“ beim Nehmen einer Umlenkung aus einer Höhe von fünfzehn Metern ab. Der Führer Leutnant von Scheele wurde schwer verletzt und bewußtlos nach dem Garnisonlazarett gebracht. Der Begleitoffizier Leutnant Schlegel war sofort tot. Der Apparat wurde stark beschädigt.

In Paderborn stürzte bei der Pilotenprüfung ein Oberleutnant mit einem Doppeldecker aus geringer Höhe ab. Er erlitt einen Oberschenkelbruch und Verletzungen am Unterschenkel. Der Apparat wurde zertrümmert.

Schweres Unwetterglück. Auf dem Kalibergwerk Wendland in Wustrow bei Salzwedel stürzte am Donnerstag die beim Niedertreiben eines Schachtes verwendete Gefriermaße ab. Ein Bergmann wurde getötet und 15 teils schwer, teils tödlich verletzt.

Drei Kinder auf dem Eise eingebrochen. In Rheinsberg in der Mark ertranken drei Schulkinder, ein sechsjähriges Mädchen und zwei achtsährige Knaben, die das Eis auf dem Tassitzsee benutzten, um schneller von der Schule nach Hause zu kommen. Zwei Leichen wurden gefunden.

Vom Auto gerammt. Ein schwerer Unglücksfall wurde in Paris am Mittwoch durch einen Auto-Omnibus in der Rue Dauglourd in der Nähe des Luxemburg-Palastes veranlaßt. Der Wagen fuhr an einer Biegung, als er einem Fußgänger ausweichen wollte, auf den Bürgersteig und gerammte den gerade vorbeigehenden 29jährigen Schriftsteller Francis Satouche. Ein anderer Passant wurde schwer verletzt.

mer und Betten zur Aufnahme von Fremden bereit halten wollen. Die angemeldeten Wohnungen werden aber bei weitem nicht der Nachfrage genügen, die bei den schon jetzt zahlreich vorliegenden Anmeldungen von Käufern und Mietern sehr groß sein wird. Der Wohnungsausschuss fordert in einem Referat dieser Ausgabe noch einmal zur Anmeldung von Wohnungen auf.

Herr Gartenbauinspektor Dammberg hat in den letzten Monaten eine Vortragsreihe unternommen, die ihn nach Hamburg, Magdeburg, Erfurt, Frankfurt a. M., Dresden und diesen anderen großen deutschen Städten führte. In allen Städten hat Herr Dammberg einen durch zahlreiche Lichtbilder wirksam unterstützten Vortrag über die deutsche Gartenbauausstellung gehalten, über den die Presse überall eingehend und höchst anerkennend berichtete, und der für die Dresdener Ausstellung überaus nützlich gewesen ist.

Von der Schlesienschen Feuerversicherung.

Ein Streitfall, der zur Kritik herausfordert, wurde in der Sitzung am 22. Januar vor dem Breslauer Kaufmannsgericht verhandelt. Es handelte sich um die Schlesiensche Feuerversicherungsgesellschaft, A.-G., wo er zwei Jahre in der Verwaltung für Einbruchdiebstahl beschäftigt war, auf Abänderung des Abgangszertifikats. In diesem war bescheinigt, daß Fuhrner bemittelt war, zur Zufriedenheit der Gesellschaft zu arbeiten, und weiter, daß über seine außerordentliche Führung Nachteiliges nicht bekannt geworden ist. Dieses Nachteilige befriedigte den Kläger nicht. Wenn darin auch nichts Nachteiliges enthalten ist, so ist doch zwischen den Zeilen zu lesen, daß etwas verschwiegen werden sollte. Der Kläger beantragte deshalb, das Zertifikat solle soweit abgeändert werden, daß es heißen sollte: „Fuhrner hat zur Zufriedenheit gearbeitet“, und anstatt „außerordentliche Führung“ sollte „dienstliche Führung“ stehen. Der Vertreter der Beklagten weigerte sich, dem Wunsche des Klägers nachzukommen, soweit es sich um die Führung handelte, indem er behauptete, der Kläger habe sich gegen die Vorgesetzten „renitent“ benommen. Der Kläger erwiderte, er sei den Vorgesetzten immer mit Achtung begegnet und habe, er sei irgendwie bestraft zu haben. Der Vertreter beharrte jedoch bei seiner Weigerung. Anstatt Beweishebung zu beantragen, verzichtete der Kläger auf eine Bescheinigung. Die fragliche Stelle im Zertifikat sollte gestrichen werden — dazu bemerkte der Vorsitzende, Vizepräsident Steinerberg, wenn Sie die Führung gestrichen haben wollen, müssen Sie auch die „Klatschungen“ streichen, denn heides läßt sich von einander nicht trennen. Dann ist Ihr Klageanspruch unbestimmt. Der Kläger wurde ganz verhöhnt. Was sollte er unter solchen Umständen tun? Er verzichtete auf die Ausfertigung eines Zertifikats und wünschte nur eine einfache Arbeitsbescheinigung über Art und Dauer der Beschäftigung, die ihm die Beklagte bewilligte.

Wir müssen bemerken, daß wir den Standpunkt des Vorsitzenden nicht teilen. Wir glauben nicht, daß das Kaufmannsgericht so entschieden hätte, dann aber zweifeln wir, daß ein Arbeitgeber berechtigt ist, im Zertifikat Bemerkungen über die außerordentliche Führung des Angestellten zu machen. Der Satz hätte unbedingt gestrichen werden müssen. Der Fall erscheint uns geeignet, zum Gegenstand öffentlicher Erörterung gemacht zu werden.

Oberbürgermeister Matting ist durch königlichen Erlaß zum Mitgliede des **Senats** ernannt worden.

Gesundheitsbericht. In der Woche vom 5. Januar 1913 bis 11. Januar 1913 sind nach einer Zusammenstellung des statistischen Amtes in Breslau 72 Ehen geschlossen worden. In der Vorwoche wurden 303 Kinder geboren; davon waren 256 ehelich, 67 unehelich, 294 lebendgeboren (160 männl., 134 weibl.), 9 totgeboren (6 männl., 3 weibl.). Mit den 8 nachträglich gemeldeten Fällen aus der Vorwoche sind 174 Sterbefälle (84 m., 90 w., darunter 15 Ortsfremde) in der Berichtwoche gezählt worden. Von den Gestorbenen waren 86 unter 1 Jahr alt (28 ehelich und 12 unehelich geboren). An Todesursachen kamen vor: Masern 4, Keuchhusten 2, Tuberkulose 80, Krankheiten der Atmungsorgane 26, Wechdurfalle 19, Selbstmord 3, Unfällefälle 3, und alle übrigen Todesursachen 100. An ansteckenden Krankheiten wurden gemeldet: Diphtherie 18, Scharlach 13, ägyptische Augenkrankheit 2, Unterleibstypus 1. In den hiesigen Krankenhäusern betrug die Zahl der Kranken am Anfange der Woche 2982; es kamen hinzu 1081, es starben 44, es gingen ab 750, so daß am Ende der Woche 3249 verblieben.

Konkurse wurden eröffnet über das Vermögen des Bäckermeisters **Vaul Dhynerge**, Weinstraße 88, des Lederhändlers **Karl Bremer**, Paulstraße 3, des Kaufmanns **Heinrich Michalowski**, G.-Distriktstraße 30, des Kaufmanns **Franz Faulhaber**, Marlinstraße 3.

Die Arbeit für die Polizei. Zum Artikel mit dieser Ueberschrift in der „Volkswacht“ vom 12. Januar ist berichtend mitzuteilen, daß es sich um keine Polizeibeamten handelt und die Zeugengebühren für fünf Stunden (nicht für drei) gezahlt worden sind.

Zwangweise versteigert werden demnächst vom hiesigen Amtsgericht folgende Grundstücke: Mathiasstraße 90 und Eibingstraße 2 am 11. März, Lehndamm 3/39 und Adalbertstraße 77 am 17. März, Breslau-Perron (Wand IX Blatt 244, Wand XI Blatt 427, 428 und 429) am 4. März, Michaelisstraße 64 am 3. März, Düringstraße 44 am 11. März.

Kellerbrand. In einem Keller auf der Schießwerberstraße sind Diebe in der Nacht zum Freitag eingedrungen und haben daraus etwa 3 Zentner Kohlen gestohlen.

Die dreiste Schlafstellenhebin. Die am Montag auf der Frankfurterstraße das verschlossene Zimmer der abwehenden Schlafstellenvermieterin durch einen Schlüssel öffnen ließ und daraus Gegenstände im Werte von dreihundert Mark gestohlen hat, ist am Donnerstag von der Polizei verhaftet worden. Sie ist ein Mädchen aus Sagan, das wegen Diebstahls eine längere Strafe im Zentralfängnis zu Breslau verbüßt hat und dort am 18. Januar entlassen worden war. Die Hebin des Schlafstellenhebers genigte ihr noch nicht, sie begleitete einen Herrn in ein Lokal und stahl ihm dort sein Portemonnaie mit mehreren hundert Mark.

Ueberfall. Am 18. Januar, abends, wurde eine Frau, die ihre Wohnung auf der Junkersstraße aufsuchen wollte, von zwei halbwildschönen Burken verfolgt. Auch im Hause erliegen sie mit ihr die Treppe, wo einer der Burken der Frau die Handtasche entriß, worauf beide das Weite suchten. Die Tasche ist von Krotobilleber und enthält ein Portemonnaie mit etwa 20 Mark, eine Straßenbahn-Abonnementskarte und eine kleine Toilette. Angaben zur Ermittlung der Burken, die unerkannt entkommen sind, werden nach Zimmer 61 des Polizeipräsidiums erbeten.

Portierendiebstahl. Aus dem Haus für des Grundstücks Gellertstraße 11 ist wieder eine Portiere gewaltsam losgerissen und gestohlen worden.

Gefunden wurden eine Damenhandtasche mit Inhalt, ein Portemonnaie mit Inhalt, ein Schlüsselbund und ein Geldbehälter mit 80 M. Zu erfragen im Fundbureau des Polizeipräsidiums.

Verloren wurden ein schwarzer Tuchmantel, ein goldenes Medaillon, ein goldenes Kettenarmband mit Medaillon, ein Augenglas mit Goldfassung und Futteral.

Vereine und Versammlungen.

Die 1. Frauen-Abteilung der Freien Turnerschaft Breslau feiert Sonntag, den 23. Januar, im „Goldenen Reyer“ ihr Stiftungsfest, das sich durch ein reichhaltiges Pro-

gramm auszeichnet. Die Freunde der Turnerschaft sind eingeladen. (Siehe Inserat.)

Stiftungsfest. Sonntag, den 26. Januar, nachmittags 5 Uhr, feiert die Freie Religionsgemeinde in der Vortragshalle Grünstraße 14/16 ihr 68. Stiftungsfest. Das Programm besteht in Streichorchester mit Orgelbegleitung, Streichquartett und Chorgesängen unter persönlicher Leitung des bewährten Chorleiters Herrn Albrecht Schneider. Den Festvortrag wird Herr Prediger Gustav Lichter halten. Alle Gönner, Freunde und Männer, die auf dem Boden einer freiwilligen Bewegung stehen und die ein paar harmonisch ideale schöne Stunden erleben wollen, werden zu dieser Feier herzlich eingeladen. Alles Nähere siehe Inserat in heutiger Nummer.

Theater, Vergnügungen und Konzerte.

Mitteilungen aus den Theaterbüros.

Stadt-Theater. Freitag „Tristan und Isolde“. (Anfang 7 Uhr.) Sonnabend zu ermäßigten Preisen „Das Mädchen des Eremiten“. Nachmittags zu kleinen Preisen „Schneewittchen“. Montag, anlässlich zu Kaisers Geburtstag: „Bohngrün“.

Volkstheater. Freitag: „Die Generalsede“. Sonnabend zum ersten Male: „Ein Waffengang“. Lustspiel von Oskar Blumenthal. Das Werk, welches vor kurzem in Berlin, Leipzig, Hamburg, Wien erfolgreich aufgeführt wurde, ist hier mit den Herren Schindler, Mühlberg, Strobl, Korih, Polbrun, Waichalko, Womb, Glajemann, Siealer und den Damen Busch, v. Delling, Förster, Wilde, Rüder, Tosta besetzt. Szenische Leitung: Herr Gouno. Sonntag zum zweiten Male: „Ein Waffengang“. Nachmittags: „Die fünf Frankfurter“.

Thalia-Theater. Freitag wird für Gruppe F „Die Erzieherin“, Komödie von Arthur Dinter als sechste Vorstellung wiederholt. Sonntag wird die Operette „Polnische Wirtschaft“ gegeben.

Schauspielhaus. Heute Freitag zum 75. Male „Der liebe Augustin“. Sonnabend Gastspiel Alexander Moissi: „Die Räuber“ mit dem Künstler als Franz Moor. Sonntag „Die Marinegüti“. Nachmittags „Die Dollardprinzessin“.

Birkus Busch. Jubiläumsspiele. Heute Freitag gelangt das historische Festspiel „Schlesiens Schöne“ zur Aufführung. Sonnabend nachmittags 4 Uhr: Schülervorstellung.

Aus Breslau (Land)-Neumarkt.

Deutsch-Billa. Seht die Wählerlisten ein! Nur noch 6 Tage liegen die Wählerlisten aus. Jeder überzeuge sich, ob er eingetragen ist. Wer nicht in der Liste ist, darf nicht wählen. Es kommt auf jede Stimme an. Genossen, sichert Euch das Wahlrecht.

Grüneiche. Diebstahl. Hier ist in der Nacht zum 23. d. M. ein Stall erbrochen und es sind daraus eine Anzahl Dühner gestohlen worden.

Der Leichenfund in Maria-Höfen, über den wir kürzlich berichteten, ist durch amtliche Feststellung dahin aufgeklärt, daß Selbstmord vorzuliegen hat. Die Ehefrau eines dortigen Einwohners hat sich große Verdienstsverluste so sehr zu Herzen genommen, daß sie ihrem Leben durch Erhängen ein Ende machte.

Partiell. Der Frauenabend des Landdistrikts 12 in Hartlieb bei Zeilner erfreute sich eines ziemlich guten Besuches. Genossin Lawatsch aus Breslau sprach über Kindererwerbsarbeit und Kindererziehung. Sie erklärte die Entwicklung des Kindererwerbsgedankens in Deutschland und unterzog das Gesetz von 1903 einer eingehenden Kritik. Dabei leste sie den Genossinnen aus Herz, die Kindererwerbskommissionen in ihrer Arbeit recht fleißig zu unterstützen. Der Vortrag wurde mit großem Beifall aufgenommen. Für Klettenberg wurde vorläufig Genossin Srowig als Bezirksassessorin gewählt. Der Antrag vom Genossen Haupt, ein Ostervergnügen abzuhalten, fand einstimmige Annahme. Unter Verchiedenem entwickelte sich noch eine lebhafte Debatte über die Notwendigkeit der genossenschaftlichen Organisation, die von Genossen und Genossinnen warm bestritten wurde. Nach dem Abingen einiger Freiheitslieder gingen die Genossinnen gegen 11 Uhr auseinander.

Neueste Nachrichten.

Die neueste Phase der Balkanwirren.

Der türkische Kriegsminister erschossen.

Frankfurt a. M., 24. Januar. Die „Frankfurter Zeitung“ meldet aus Konstantinopel: Der bisherige Kriegsminister **Razim Pascha** wurde getötet.

Konstantinopel, 23. Januar. Die Erschießung **Razim Paschas**, die geeignet erscheinen könnte, das ruhige, zielbewusste Vorgehen Talat Weis und Enver Weis zu diskreditieren, ist zweifellos durch die Schuld der Adjutanten **Namil Paschas** und **Razim Pascha** bedingt worden. Enver und Talat hatten ausdrücklich befohlen, keinerlei Blut zu vergießen. Als jedoch die Adjutanten **Razim Paschas** auf Enver und seine Begleiter aus dem Fenster schossen, wurde das Feuer erwidert, wobei **Razim Pascha** fiel. Trotz dieses Zwischenfalles ist die Ordnung jedoch nirgends gestört worden. (?) In der ganzen Stadt herrscht Ruhe. Dieser Kabinettswechsel ist das Werk der Armees, sie will unbedingt den Krieg und zieht die Fortsetzung des Feldzuges einem unehrenhaften Frieden vor.

Abdianopel in Flammen?

Konstantinopel, 23. Jan. Nach „Mikto“ (Terdjuman) „Daklat“ richtete der Kommandant von Abdianopel, **Schukri Pascha**, heute an das gewesene Kabinett ein Telegramm, in dem er sagt, nachdem er erfahren, daß Abdianopel den Verbündeten überlassen werden sollte, beschloß er, die Bevölkerung zu entfernen und die Kanonen gegen die Stadt zu richten, um diese gänzlich zu zerstören. Den ankommenden Druum zu durchbrechen und nach Konstantinopel zu kommen. Der Ministerrat besprach eben dieses Telegramm als der Regierungswechsel eintrat.

Was wird nun?

Paris, 24. Januar. „Matin“ meldet aus London: Da das Ministerium **Mahmut Scheffet Pascha** die Uebergabe der Festung **Abdianopel** ablehnt, wird es die türkischen Delegierten wahrscheinlich aus London zurückberufen. Auf der hiesigen türkischen Botschaft wird dagegen erklärt, daß die Abberufung der Unterhändler wenig wahrscheinlich sein wird. Was werden die nächste tun? Werden sie nun noch weiter auf dem Wege und den Ma-

tern verhandeln? Man fragt sich bezugs: Wird eine Demoralisation vor Konstantinopel stattfinden? Nein, denn Deutschland ist dagegen. Aber schließlich wird die Türkei **Abdianopel** doch noch abtreten müssen. Russland wird in seiner Haltung verharren und seine Pläne durchführen. Es wird seiner Flotte den Befehl erteilen, die **Dardanellen** zu besetzen und seine Truppen in **Thrazien** sammeln.

Der Einbruch in London.

London, 21. Januar. „New York Herald“ schreibt: Der Sturz des Ministeriums **Namil Pascha** hat in London türkischen Kreisen wenig überrascht. Auch die hiesigen Friedensbefürworter zeigen kein großes Erstaunen. Sie haben stets die Ansicht ausgesprochen, daß dasjenige Kabinett, das in die Uebergabe **Abdianopels** einwilligen sollte, seine Stellung nicht erschüttern würde, da in diesem Falle sich die jungtürkische Partei energig dagegen auflehnen würde.

Die bulgarische Auffassung.

Paris, 21. Januar. Der Korrespondent des „Journal“ erklärt: Gestern hatte ich eine längere Unterredung mit **Dr. Danev**. Ich fragte ihn: Die Umwidmung in Konstantinopel bedeutet Krieg, nicht wahr? **Dr. Danev** antwortete darauf: Im Orient ist es im gegenwärtigen Augenblicke nicht so gefährlich, als hier. Es werden sich dort unten immer noch Wege und Mittel finden lassen, die Sache zu arrangieren. Was wollen wir bisher überhaupt? Im großen und ganzen doch sehr wenig. Warten wir doch ab. Die Situation stellt sich so: Wir waren bereit, Frieden zu schließen. Die Zugeständnisse, die wir in London erteilten, gingen weit darüber hinaus, was wir zu erreichen wollten. Wir sind auch jetzt noch bereit, Frieden zu schließen, sind aber auf der anderen Seite auch bereit, die Waffen wieder in die Hand zu nehmen, und es wird alles von der Haltung der jungtürkischen Partei abhängen. Warten wir also ruhig einen genaueren Bericht von Konstantinopel ab.

Protest der indischen Mohammedaner.

London, 23. Januar. Die indische Moslemliga protestiert auf einer nach **Ludnow** einberufenen Tagung gegen Englands Anteil an der Note der Großmächte an die **Porta** und mahnt den König **Georg**, die Gefühle von Millionen mohammedanischer Untertanen nicht dadurch zu verletzen, daß die Türkei zu einem unwürdigen Frieden gezwungen wird.

Von einem 11-jährigen Jungen erstochen.

Speier, 24. Januar. Im pfälzischen Ober-Beghbach verfuhr während eines Streites ein 11-jähriger Volksschüler einem Mitschüler einen Messerstich in die Lunge. Der Stich durchdrang die Lunge, so daß der bedauernswerte Junge auf dem Transporte nach dem Krankenhaus, ohne das Bewußtsein wiedererlangt zu haben, verstorben ist.

Winterwetter.

Berlin, 21. Januar. Ueber Winterwetter wird berichtet: Hier letzte gestern abend starker Schneefall ein, der bis lange nach Mitternacht fortwauerte. — Auf den Höhen des Schwarzwaldes und der Vogesen tobte gestern den Tag über ein heftiger Schneesturm. — In Magdeburg ist nach dem Aufhören des Treibeises die Eisbildung teilweise wieder aufgenommen worden.

In Belgien regnet es seit drei Monaten mit Ausnahme weniger Tage unaufhörlich. Die Flüsse sind demnach gestiegen, daß Hochwasserkatastrophen zu fürchten werden.

Moskau, 24. Januar. Aufgelöste Versammlung. Als die Polizei gestern eine große Versammlung, die eine Revolutionsfeier veranstaltete, auflöste, wurden die Polizeibeamten, nach den Berichten bürgerlicher Blätter, mit Rufen: „Schlagt die Hunde tot!“ empfangen. Die Menge demonstrierte alsdann vor dem **Nikolajew-Denkmal**. In den katholischen Kirchen der Stadt und Provinz wurden überall die verbotener polnischen Revolutionslieder gesungen.

Wetternachrichten der Universitäts-Sternwarte.

| Nach Bresl. Ortzeit | 21. Januar | 22. Januar | 23. Januar | 24. Jan. | |
|-----------------------|-------------------|-------------------|-------------------|-------------------|-------|
| v. d. M. 3. + 84 Min. | mm. über 1000 Mm. | mm. über 1000 Mm. | mm. über 1000 Mm. | mm. über 1000 Mm. | |
| Lufttemper. (C) . . . | + 4.0 | + 0.6 | - 0.4 | - 0.4 | - 1.7 |
| Lufttemper. (F) . . . | 74.0 | 74.7 | 74.7 | 74.8 | 74.5 |
| Lufttemper. (M) . . . | 5.1 | 4.7 | 4.5 | 4.5 | 5.5 |
| Lufttemper. (N) . . . | 5.5 | 9.8 | 10.2 | 8.4 | 8.5 |
| Wind (0-12) | 23 2 | 23 2 | bed. | bed. | bed. |
| Wetter | bed. | bed. | bed. | bed. | bed. |

Höhe der Niederschläge seit gestern: früh 0,75 mm. — Nacht und heute früh Schnee. *) Zur Reduktion auf Meeressniveau sind 13,1 mm hinzuzufügen.

Wasserstands-Nachrichten der Oder.

| Wasserstand | Wasserstand | Wasserstand | Wasserstand | Wasserstand | Wasserstand |
|--------------------------|-------------|-----------------------|-------------|-------------|------------------|
| Wasserstand | Wasserstand | Wasserstand | Wasserstand | Wasserstand | Wasserstand |
| 24. I. 11,20 (0,82) 1,55 | 0,14 | 2,58 (2,02 4,76) 2,14 | 1,85 | 1,64 (1,82) | 1,66 (1,45) |
| 23. I. 11,20 (0,32) 1,55 | 0,16 | 2,64 (2,09 4,78) 2,18 | 1,85 | 1,82 (4,50) | 1,72 (0,87) 1,11 |
| Wittel 1,68 (0,98) 2,12 | 0,42 | 2,46 (2,07 4,07) 2,38 | 1,88 | 1,56 (3,00) | 0,14 (1,88) 0,41 |

*) Auswertungshöhe f. Kottwitz 5,50; für Treben (Oder) Ohte-Messung 3,22

Versammlungen und Vereine.

Freitag, den 24. Januar:
Gewerkschaftskartell. Abends 8 Uhr im Cafe Restaurant Karlsstraße.
Arbeiter-Sängervereinigung. Abends 8 1/2 Uhr im „Goldenen Reyer“, Klosterstraße 47.
Selbstmetallarbeiter (Beleuchtungsindustrie). Abends 8 Uhr im „Goldenen Löwen“, Kupferstraße.
Reiferwitz. Gewerkschaftskartell. Sonnabend abend 7 Uhr bei Gröger.
Reife. Sonnabend abend 8 Uhr: Kartellung.
Reise und Umgeg. Sonntag nachmittags 3 Uhr in der „Harmonie“: Volksversammlung.
Trebnitz. Wahlverein. Sonntag nachmittags 3 1/2 Uhr in „Konzertsaal“.
Sundfeld. Wahlverein. Sonntag vormittags 10 Uhr in „Goldenen Löwen“.
Obiau. Fabrikarbeiter. Sonntag nachmittags 3 Uhr.
Zeusch-Biffa. Fabrikarbeiter. Sonntag nachmittags 3 Uhr bei Senfleben.
Gandau. a. Umgeg. Bauarbeiter. Sonntag nachmittags 2 Uhr bei Hoffmann.
Greifen. Gefangenen. Vorwärts. Sonntag nachmittags 3 Uhr bei Knoll.

Deutscher Reichstag.

96. Sitzung. Donnerstag, den 23. Januar, nachmittags 1 Uhr.

Am Bundesratsstische: Dr. Delbrück. Reichsamt des Innern.

Zunächst wird über einige Resolutionen zum Titel Staatssekretär abgefasst. Angenommen wird eine Resolution Albrecht (Soz.) und Genossen auf Verbesserung der Verordnung betreffend die Beschäftigung von Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeitern in Glasbläsen, Glasbleisereien, Glasbleisereien und Sandbläseereien, ferner eine Resolution Albrecht und Genossen auf Erlass einer Bundesratsverordnung zum Schutz der bei Herstellung von Ziegelsteinen beschäftigten Arbeiter sowie eine Abänderung der Gewerbeordnung...

Unterstützung von Familien

der zu Friedensübungen einberufenen Mannschaften den einzelnen Bundesstaaten erwachsenden Ausgaben.

Abg. Rauch (Soz.)

Begründet einen Antrag der Sozialdemokraten auf baldige Verlegung einer Novelle zu diesem Gesetz, wodurch die Unterstützungsjahre richtiger nach dem ortsüblichen Tageslohn, der meist erheblich niedriger ist, als der wirkliche gezahlte Lohn, der ortsübliche Lohn geht teilweise sogar unter 2 Mk. herunter. Die Familien der Einberufenen geraten in einen noch größeren Notstand, je größer die Differenz zwischen dem ortsüblichen und dem wirklichen Tageslohn ist und je zahlreicher die Familie ist. Das Wichtigste wäre, den wirklichen Arbeitsverdienst den Unterstützungszugrunde zu legen. Da aber darüber dieser Reichstag nicht zu haben sein wird, beantragen wir auf jeden Fall die Unterstützungssätze allgemein zu erhöhen. Der Einwand, dass die Einberufenen einer

varianzabhängigen Pflicht nachkommen

und es deshalb nicht angängig ist, ihnen eine Entschädigung zu gewähren, wie er in der Kommission vom Zentrum erhoben wurde, ist nicht stichhaltig. Er werden ja nicht die Einberufenen unterstützt, sondern ihre Familien. (Sehr wahr! bei den Sozialdemokraten.) Gerade die bürgerlichen Parteien behaupten doch immer, die Familie sei die Grundlage des Staates und wir seien die Zerstörer der Familie. Ein besondrer Mibstand ist, dass für uneheliche Kinder keine Unterstützung gezahlt wird. Die Regierung hätte längst diesen Zustand beseitigen sollen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Ein weiterer großer Mibstand ist, dass die Familien oft in einem auf die Unterstützung der Unterstühtung warten müssen. (Hört, hört! b. d. Soz.) Die Mittel für die Durchführung unseres Antrags müssen auf jeden Fall zu beschaffen sein, in einem Etat, der allein für den Gehalt des Kaiserlichen Hofes 5 Millionen Mark fordert. Ich bitte, unserem Antrag zuzustimmen. (Bravo! b. d. Soz.)

Geheimrat Schwarz: Die Ausgaben für diesen Titel haben sich in den letzten Jahren bis auf 4 Millionen gehiebert. Der Antrag hätte, wenn man an eine 25 prozentige Erhöhung der Sätze denkt, also eine erhebliche finanzielle Wirkung. Uebrigens wird den meisten Arbeiter und Angestellten für die Zeit ihrer Einberufung Lohn resp. Gehalt weitergezahlt.

Abg. Erzberger (Zentrum): Dem sozialdemokratischen Antrag stimmen wir zu, jedoch nicht der Begründung und dem Wege, der uns darin vorgeschlagen wird. Es wäre ein plutokratisches Verfahren, der Entschädigung den Arbeitsverdienst zugrunde zu legen; dabei würden die am besten Gestellten auch vom Reich am meisten erhalten. Wir verlangen lebhaft die Erhöhung der Unterstützungssätze unter Zugrundelegung des ortsüblichen Tageslohns. Die finanziellen Bedenken des Regierungsvertreters können nicht durchschlagend sein, denn das für diesen Zweck auszugebene Geld kommt den allerärmsten Familien zugute. Wir werden doch mindestens einen Ueberschuss von 100 Millionen haben und erwarten außerdem die Vorlage einer Beschlusse. Geld genug werden wir also haben. (Zustimmung im Zentrum.)

Abg. Koch (Vpt.): Auch meine Freunde werden dem sozialdemokratischen Antrag zustimmen. Wir bitten aber, den tatsächlichen Lohn und nicht den auf dem Lande ja ganz geringen ortsüblichen Tageslohn zugrunde zu legen. Den plutokratischen Charakter können wir einem solchen Gesetz ja sehr leicht nehmen, indem wir die Entschädigung nur bei einem Verdienst bis etwa zu 3000 Mk. zahlen.

Abg. Behrens (Wirtsch. Vgg.) stimmt dem Antrag gleichfalls zu.

Abg. Brühne (Soz.):

Dass unsere Forderung berechtigt ist, kann niemand bestreiten. Vielfach werden Leute zur Uebung einberufen, die vorher einige Wochen arbeitslos waren. Dann gerät die Familie in sehr große Not. Kaufmännische Angestellte gibt es in großer Zahl, deren während der Zeit der Uebung das Gehalt nicht weiter bezahlt wird. (Sehr richtig! bei den Soz.) Natürlich wollen auch wir eine Höchstgrenze des Verdienstes festlegen, über den hinaus die Unterstützung nicht gezahlt wird. Es wäre ja haarsträubend, wenn man Bankiers und ähnlichen Leuten mit 20 000 oder 40 000 Mark Einkommen die Unterstützung geben, oder wenn diese Leute sie nehmen wollten. Die erforderlichen Mittel sind vorhanden. Der Regierungsvertreter schreite vor den 4 Millionen Kosten zurück. Wenn Sie doch nur so sparsam wären bei neuen Militärvorlagen.

(Sehr richtig! bei den Soz.) Nur hier sind Sie sparsam, hier und bei der Veteranenbeihilfe. Schreiben wir deren Erhöhung noch einige Jahre auf, so ruht der letzte Kriegsteilnehmer im Grabe, und das dankbare Vaterland braucht nichts mehr zu zahlen. Herr Erzberger weist auf die zu erwartenden Ueberflüsse von 100 Millionen hin. Sie sind aus der Waffe des Volkes gepreßt, daher sollten Sie jetzt auch den Volkswaffen entgegenkommen, und den Antrag einstimmig annehmen. (Beifall bei den Soz.)

Abg. Schulenburg (natl.) stimmt dem Antrag zu und fordert Erhöhung der Veteranenbeihilfen.

Abg. Rauch (Soz.): Wir haben in unserem Antrag einen bestimmten Weg nicht verlangt, sondern ganz allgemein die Erhöhung der Unterstützungssätze gefordert. Herr Erzberger meint, die Berechnung der Unterstützung nach dem wirklichen Verdienst wäre plutokratisch wegen der Verschiedenheit der Löhne; das trifft doch auch beim ortsüblichen Tageslohn zu.

Geheimrat Schwarz bemerkt, daß Klagen über verspätete Auszahlung der Unterstützung bei den Regierungen nicht eingegangen seien.

Abg. Tombeck (Vole) befürwortet den Antrag Albrecht. Der Titel und die Resolution Albrecht werden angenommen. Beim Titel

Anwendungen im Interesse des deutschen Handels und Gewerbes

Abg. Töbne (Soz.) für die Schiffbarmachung der Werra ein. Handel und Industrie der dortigen Gegend würden davon die größten Vorteile haben. Die Bestrebungen des Vereins zur Schiffbarmachung der Werra verdienen lebhafteste Förderung. Es handelt sich hier um ein Stück nationaler Politik von einer Art, für die auch wir Sozialdemokraten nicht eintreten können. (Bravo! bei den Soz.)

Unterstaatssekretär Richter betont, daß dieser Fonds nur für Zwecke verwandt werden könnte, die direkt dem Handel zugute kämen. Auch seien Regulierungen in erster Linie Landesache.

Abg. Krähig (Soz.)

lenkt den Blick auf die Baumwollindustrie. Summen, die gefordert werden, um notwendige Versuche in der Industrie zu fördern, sind gewiss gut angebracht, aber wir müssen uns doch dagegen wachen, daß Unternehmungen in unseren Kolonien ins Leben gerufen werden, nicht um für die heimische Industrie Schwierigkeiten zu bereiten, sondern lediglich zu dem Zweck, möglichst viel Geld herauszuschlagen.

Vizepräsident Dr. Baasche: Wir können doch beim Etat des Innern nicht die Kolonialpolitik erörtern.

Abg. Krähig (fortfahrend): Solche Unternehmungen können leicht dazu führen, daß wir unserer Textilindustrie den Rohstoff nicht verbilligen, sondern verteuern. Ich werde beim Kolonialetat näher darauf eingehen.

Wir müssen uns einen gefunden und kräftigen Arbeiterstamm erhalten, um konkurrenzfähig zu bleiben. Dazu gehört, daß man die Arbeitszeit heruntersetzt. In seinem Vortrage gestern Abend hat Herr Dr. Baasche gezeigt, wie die Kautschukarbeiter in Kamerun sind. Ich hätte gewünscht, ich hätte Gelegenheit, einmal Herrn Geheimrat Baasche mitnehmen zu können. (Stk.)

Vizepräsident Dr. Baasche bittet den Redner, nicht vom „Geheimrat“, sondern nur vom „Abgeordneten“ Baasche zu sprechen.

Wollte der Abg. Baasche einmal in die Betriebe der Jute- und Baumwollindustrie hineinkommen, so würde er beim Anblick der abgemühten Arbeiterinnen das Empfinden haben, daß es auch in Deutschland noch sehr viele Arbeitstiere gibt. (Sehr richtig! b. d. Soz.) In den Wohnungen der Textilarbeiter kriechen die kleinen Kinder am Boden herum. Die Bergarbeiter packt es einen, wenn man sieht, daß die Mütter sie nicht pflegen können, weil sie schlafen müssen; in solchen Zimmern sitzt der schwindsüchtige Vater, mit Arbeit beschäftigt. Da ist es kein Wunder, daß die Kinder den Infektionskeim in sich aufnehmen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Unter der Verletzung der Arbeitszeit würde die Industrie nicht leiden. Die Militärtauglichkeit der Textilarbeiter ist noch nicht halb so groß, wie die durchschnittliche. Tausende von Beispielen könnte ich anführen.

Vizepräsident Dr. Baasche ruft den Redner zur Sache. Sei dies nochmals nötig, so werde er das Haus bestagen, ob es dem Redner noch weiter hören wolle. (Lebhafte Zustimmung bei den bürgerlichen Parteien.)

Abg. Krähig (fortfahrend): Ich wollte ja gerade die tausend Beispiele nicht anführen. (Große Heiterkeit.) Aber eines muß ich berichten. Auf Grund eines Gutachtens der Chemischen Handelskammer ist der Gehalt einer Firma ausgewiesen worden, weil seine Firma die fälschliche Industrie dadurch schädigt, daß sie zu hohe Löhne zahlt. (Lebhafte Hört, hört! bei den Soz.) So fördert man Handel und Industrie nicht, das geschieht nur durch Bedang der wirtschaftlichen Lage der arbeitenden Klassen. (Bravo! bei den Soz.)

Beim Titel „Förderung des Abzuges landwirtschaftlicher Erzeugnisse“ und Unterstützung wissenschaftlicher und ähnlicher Bestrebungen auf dem Gebiete der Landwirtschaft wünscht

Abg. Socisz (son.) Förderung der Gesellschaft für Züchtungsstudien. Abg. Wallenburg (Zentr.) Förderung des Pomologischen Vereins. (Beim in Förderung des Obstbaus.) Staatssekretär Dr. Delbrück sagt dies zu und bedauert, daß für die Förderung der Viehzucht nicht mehr Mittel zur Verfügung ständen.

Abg. Behrens (Wirtsch. Vgg.) wünscht, daß bald etwas Praktisches gegen die Maul- und Klauenseuche geschieht. Auch müsse das Reich der Not der kleinen Länger steuern.

Staatssekretär Dr. Delbrück: Gerade auf dem Gebiete der Landwirtschaft leisten die Bundesstaaten und die Landwirtschaftskammern zu außerordentlichem, daß das Reich nur ganz nebenbei Mittel zu diesen Zwecken zur Verfügung stellen kann.

Abg. v. Haeck (son.) wünscht weitere Maßnahmen zur Förderung der Tierzucht.

Abg. Wendorf (Vpt.) erklärt, daß auch seine Freunde die Tierzucht gern fördern. Zum Titel

„Beitrag für den Verband deutscher Arbeitnachweise“ liegt ein von allen bürgerlichen Parteien unterstützter Antrag des Grafen Pofadowski (Rp.) vor, diesen Titel im nächsten Etat angemessen zu erhöhen.

Abg. Doormann (Vp.) empfiehlt den Antrag. Die Ausgaben des Verbandes sind stark gewachsen, und er hat schwer mit dem Mangel an Mitteln zu kämpfen. Wirklich kann er nur arbeiten, wenn sich über das ganze Reich ein Netz von Arbeitnachweisen erstreckt.

Abg. Töbne (Soz.): Wir stimmen dem Antrag zu. Unverständlich ist uns, warum Graf Pofadowski nicht auch unsere Partei zur Mitarbeit bei dem Antrag aufgefordert hat. Meine andere Partei hat fowelt Erfahrung auf diesem Gebiete, wie gerade die sozialdemokratische. Wir verlangen eine reichsgesetzliche Regelung der ganzen Materie. Bei der Gelegenheit wird man aber an der Arbeitslosenversicherung auch nicht vorbeigehen können. (Bravo! b. d. Soz.) Der Antrag wird angenommen. Zum Titel

„Reichsschulkommission“

liegt ein Antrag Albrecht vor, sie in ein selbständiges Reichsamt für das Schul- und Bildungswesen umzuwandeln.

Abg. Schulz (Soz.):

Bei unserer Forderung handelt es sich nicht um eine Utopie des Zukunftsstaates, sondern um eine liberale demokratische Forderung. Ein Reichsschulgesetz haben wir in einem Initiativantrag verlangt, hier fordern wir nur die Umwandlung der Reichsschulkommission zu einem Reichsschulamt. Alle diejenigen, welche wollen, daß für die Angelegenheiten der Bildung, des Wissens, der Kunst eine Zentralstelle geschaffen werden soll, müssen unserem Antrag zustimmen. Die Reichsschulkommission besteht schon als solche Zentrale. Sie ist aber nur ein vorübergehendes Feigenblatt, um das militärische Einnahmerecht des Einjährig-Freiwilligen-Privilegiums mit pädagogischen Gründen zu decken. Im übrigen ist sie vollkommen machtlos und deshalb überflüssig. Leider herrscht noch keine Klarheit darüber, wie wenig die Reichsschulkommission zu sagen hat, das hat ja gerade die vorjährige Debatte über unseren Antrag gezeigt, wo der freisinnige Redner gegen unseren Antrag sprach, aber lauter Forderungen erhob, die nur nach der Durchführung des Antrags möglich sind. Wir haben Reichsämter für wirtschaftliche Aufgaben, aber für die

Aufgaben des geistigen Lebens

gibt es in Deutschland keine Zentrale. Die Handhabung dazu bietet unser Antrag, nämlich eine Zentrale für die geistigen Interessen, eine Kulturzentrale zu schaffen. Natürlich wünschen wir die Reichsschulbehörde möglichst freihändig ausgestaltet, da aber alle Parteien mitzureden haben, wäre es denkbar, daß sie recht reaktionär zusammengebracht wird. Sie brauchen also nicht zu fürchten, mit

ihre das sozialistische Ideal zu verwirklichen. Der Behrens hat sich für eine Reichsschulbehörde ausgesprochen. Herr Koch hat diese Forderung auf dem Lehrertag nachdrücklich vertreten, Herr Bruchhoff aber bezeichnete hier im vorigen Jahre unsere Forderung als eine öde geistlose Gleichmachererei. (Hört, hört! b. d. Soz.) Heute sind im Reich die Schulentastungen nicht einheitlich geregelt, über die Klassenfrequenz herrschen verschiedene Grundsätze. Es fehlen einheitliche Bestimmungen über die Lehrerbildung und Befolgung, nicht einmal eine einheitliche Schulstatistik ist möglich. Das Reichsschulamt könnte ein Gegenstück zum Reichsgesundheitsamt sein; dieses hat es mit der körperlichen Gesundheit von Tier und Mensch zu tun. Aber für das Reich wichtig ist auch die geistige Verfassung der Volksgenossen. Wenn daran gelegen ist, daß Deutschland eine wirkliche Kulturgemeinschaft wird, und wer damit zugleich einen Fortschritt in der inneren Geschlossenheit des deutschen Reiches herbeiführen will, der muß für unseren Antrag stimmen. (Lebh. Beifall b. d. Soz.)

Abg. Kuchhoff (Zentr.) wendet sich gegen den Antrag, weil er in ihm den ersten Schritt zu einem Reichsschulgesetz erblickt.

Abg. Kerchensteiner (Vpt.):

Die Sozialdemokratie fordert einen unfehlbaren pädagogischen Papst, dagegen habe ich die größten Bedenken. Ich muß mich sehr entschieden gegen eine zentrale Schulbehörde mit legislativen Befugnissen erklären. In dezentralisierten Staaten, in der Schweiz, in Nordamerika, ist das Schulwesen viel entwickelter, wie in staatszentralisierten. Wir Süddeutschen fürchten auch, daß das Reichsschulamt den Geist der Königlich preussischen Uniform haben würde. Diesen Geist zeigt ja selbst die Königlich preussische Sozialdemokratie. (Gr. Heiterkeit) Das beweisen die letzten Rekrutierungen. Einer Reichsschulbehörde mit nur beratenden Funktionen stehen wir sehr sympathisch gegenüber. Eine solche ist ja die bestehende Reichsschulkommission, aber sie blüht nur wie ein Weizen im Verborgenen. Sie müßte sich aufpassen und eine sehr erhebliche Erweiterung des Einjährig-Freiwilligen-Privilegiums verlangen. (Bravo! b. d. Soz.; Abschlüssen!) Das geht nicht. Wohl aber muß verlangt werden, daß dieses

Privilegium nicht erlassen und erkauf wird.

(Sehr richtig! b. d. Soz.) Wer sich die Schürze in den höheren Schulen erkaufte oder auf einer Presse erkaufte, gehört nicht zu den aetlich Hervorragenden, sondern ist eher geistig verkrüppelt. (Lebh. Zustimmung b. d. Soz.) Die ganze Welt kennt diese Zustände, und trotzdem opiert man dem Wolsch des Militärismus Jahr für Jahr Hunderte und Tausende junger Leute. Die Reichsschulkommission muß den Finger in solche Wunden legen. Wir werden für den Antrag der Sozialdemokratie in dem Sinne stimmen, daß das Reichsschulamt keine gesetzgebende Befugnis haben soll. Unser Schulwesen leidet unter den heutigen Zuständen. Ueberzeugen Sie sich davon, und treten Sie für Ihre Ueberzeugung ebenso ein wie die Heeresverwaltung. (Beifall.) Wir sind mächtiger als die Heeresverwaltung, wenn wir nur wollen. (Lebh. Bravo links.)

Die Weiterberatung wird auf eine Abend Sitzung verlagert. Schluß 6 1/4 Uhr.

Abend Sitzung.

Am Bundesratsstisch Dr. Delbrück. Vizepräsident Dr. Baasche eröffnet die Sitzung um 8 Uhr. Die Beratung des Etats des Reichsamtes des Innern wird beim Titel Reichsschulkommission fortgesetzt.

Abg. Zürn (Vp.) wendet sich gegen den sozialdemokratischen Antrag auf Umwandlung der Reichsschulkommission in ein Reichsschulamt.

Abg. Gröber (Ztr.) bezweifelt die Beschlußfähigkeit des Hauses.

Vizepräsident Dr. Baasche: Da die Beschlußfähigkeit feststeht, muß ich die Sitzung leider schließen. Nächste Sitzung Freitag 1 Uhr (Kurze Anfragen und Weiterberatung des Etats.) Schluß 8 1/4 Uhr.

Gewerkschaftsbewegung.

Tarifverträge der Handlungsgehilfen.

Wie sich der Zentralverband der Handlungsgehilfen auf allen Gebieten als der wahre Führer der Handlungsgehilfenbewegung bewiesen hat, so auch auf dem Gebiete der Tarifverträge.

Während es die bürgerlichen Handlungsgehilfen-Organisationen mit Sympathieerklärungen für den Tarifgedanken im Handelsgewerbe haben bewenden lassen, hat der Zentralverband durch die Tat bewiesen, daß eine tarifliche Regelung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse der Handlungsgehilfen möglich ist. In harter und beschwerlicher Arbeit hat er diesen Beweis erbracht und das Ergebnis dieser Montierarbeit liegt in der soeben von Paul Lange herausgegebenen Sammlung der Tarifverträge des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen vor.

Wenn auch der Zentralverband in dieser Frage Neuland betreten hat und sich die Tarifbewegung im Handelsgewerbe erst in ihren ersten Anfängen befindet, so kann doch in der angeführten Schrift schon über 107 Tarifverträge, die sich auf 7536 Angestellte in 1911 Betriebsstellen und auf etwa 600 Orts erstrecken, berichtet werden.

Und was durch diese Tarifverträge erzielt worden ist, ist wohlfeil nicht gering anzuschlagen.

Für die Sicherheit der Existenz der von den Tarifen betroffenen Angestellten ist dadurch gesorgt, daß ihnen nur unter ganz bestimmten Voraussetzungen gekündigt werden kann, im allgemeinen aber dem Unternehmer das Kündigungsrecht genommen ist. Durch die Tarifverträge ist auch eine kürzere Arbeitszeit erzielt worden. Für die an der Tarifen beteiligten Angestellten in den Läden gilt überall, auch in den kleinsten Orten, der Acht-Uhr-Lebensschluß; in einigen Tarifen ist sogar schon ein früherer Geschäftsabschluss borgegründet. Auch die Mittagspause beträgt in vielen Fällen zwei Stunden, wozu noch in allen Tarifen eine Frühstücks- und Vesperpause tritt, die fast durchweg je eine halbe Stunde beträgt. Die Tarifverträge sehen ferner für die Kontore völlige Sonntagsruhe und fast überall achtstündige Arbeitszeit vor. Auch Läden und meistens an Sonn- und Feiertagen völlig geschlossen. In einer großen Anzahl von Tarifen sind außerdem in bestimmten Beträmen freie Nachmittage für die Angestellten vorgegründet.

Auch in der Lohnfrage hat der Zentralverband für seine beteiligten Mitglieder große Erfolge erzielt. Neben einer angemessenen Entlohnung ist auch in den weitaus meisten Fällen, wenn auch nicht ohne Kampf, erreicht worden, daß der Lohn wöchentlich gezahlt wird. Es ist dadurch endlich mit der alten Weise gebrochen worden, die den Angestellten zwingt, seinen Unternehmern einen Monat lang seinen fowert verdienen Lohn zinsfrei zur Verfügung zu stellen. Auch die Bezahlung der Ueberstunden ist in allen Tarifen vorgehoben, was in Hinblick darauf, daß die Handlungsgehilfen in fast allen Betrieben die Ueberstunden unentgeltlich leisten müssen, sicher ein großer Fortschritt ist.

*) Die Tarifverträge des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen, von Paul Lange. Schrift 27 des Zentralverbandes der Handlungsgehilfen. Berlin 1912. Handlungsgehilfen-Verlag. G. u. S.

